

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 142 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 12/2006 · VOM 8. DEZEMBER 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Arbeitsplätze stehen
auf dem Spiel**
Pro und contra Müllverbrennung

7-9 | **Erfahrungen
mit dem Neuanfang**
Kundgebung am 30. November

12 | **Steuern, werben,
aktivieren**
Diskussion zum Leitbild Eberswalde

Das Urteil ist gefällt und wird vollstreckt

Eberswalde (bbp). Am Ende war es ein Kampf gegen Windmühlenflügel. »Es ist doch alles entschieden«, meinte in wohlwolgendem Mitleid ein SPD-Stadtverordneter in der Pause der StVV-Sitzung am 30. November, »es geht doch nur noch um den Übergabevertrag«. Auch ein Stadtverordneter der CDU zeigte Verständnis für die Vehemenz, mit der die Albert-Einstein-Oberschule verteidigt wurde, meinte aber: »Wir waren ja von Anfang an für die Abgabe der Schulen. Deshalb werden wir jetzt auch für den Vertrag stimmen.«

Die Begehrlichkeiten des Kreises, neben den Oberschulen zugleich noch zwei städtische Grundschulen zu übernehmen, hatte die Widerstandsfront breiter werden lassen. Während Frank Hamann, der Leiter der beiden per Schulamts-Ukas zusammengelegten Oberschulen Mitte und Westend, von seiner früheren ablehnenden Haltung bekehrt worden war und dies auch mehrfach in den Ausschüssen, im Kreistag und schließlich am 30. November zur Stadtverordnetenversammlung kundtat, gab es seitens der Eltern und Lehrer der beiden Grundschulen und natürlich von den Vertretern der Albert-Einstein-Oberschule sehr deutliche Signale gegen die Schulabgabe.

Das spiegelte sich auch in den Diskussionen auf der StVV-Sitzung wider. Um die Schulabgabe ging es bereits auf einer Kundgebung vor dem Haus Schwärzetal. Etwa 200 Kundgebungsteilnehmer begaben sich anschließend in den Besucherteil der StVV. Obwohl das ebenfalls auf der Kundgebung präsen- tierte Thema Müllverbrennung derzeit die Gemüter stark bewegt, betrafen allein sechs der zehn Wortmeldungen in der Einwohnerfragestunde das Thema Schulabgabe. Für die Abgabe sprach allein der erwähnte Frank Hamann. Ute Frey vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, Ina Kranz von der Europa-Grundschule Mitte, der Schüler der Einstein-Schule Felix Fischer, der Sachkundige Einwohner im Schulausschuß Rolf Richter brachten zahlreiche Argumente für den Erhalt der städtischen Trägerschaft der Schulen vor.

Schließlich meldete sich auch der Schulleiter der Albert-Einstein-Oberschule Günter Schumacher mit einer leidenschaftlichen Rede zu Wort. Er wies darauf hin, daß die Projekte der Einsteinschule, einschließlich des Ganztagsbetriebes, in dem Vertrag mit keinem Wort erwähnt würden. Er befürchte starke Nachteile für die Schülerinnen und Schüler am Standort Westend, wenn dort künftig alle möglichen Problemerkliente konzentriert würden. In einem ruhigen Wohngebiet, in dem im Unterschied zum Brandenburgischen Viertel soziale Einrichtungen wie das Gemeindezentrum, der Jukitreff, der Jugendclub und der viele soziale Betreuungsangebote fehlen. Schumacher widersprach auch dem möglichen Vorwurf, ihm ginge es nur um den Erhalt seines Jobs. »Ich habe einen lukrativen Posten, der mir angeboten wurde, abgelehnt,



um im Brandenburgischen Viertel zu bleiben und für meine Schülerinnen und Schüler zu kämpfen.«

Die Argumente gegen den Vertrag bestimmten auch die Diskussion der Stadtverordneten. Es gab mehrere Anfragen zu diesem Thema, deren Inhalte allerdings im Verborgenen blieben. Die Zuhörer im Saal erfuhren lediglich, daß es Anfragen gab und die Antworten den Stadtverordneten schriftlich vorliegen. Unschön für die beteiligte Öffentlichkeit war auch die Ablehnung der von Dr. Spangenberg (Allianz freie Wähler, AfW) beantragten Vorverlegung von Diskussion und Beschlußfassung zum Schulabgabevertrag unmittelbar nach die Einwohnerfragestunde. Als schließlich der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, war bereits eine Stunde vergangen und die Besucherreihen hatten sich merklich gelichtet.

Auch die sich zu Wort meldenden Stadtverordneten von AfW, PDS, Grüne/BFB und Dr. Adler von der FDP brachten zahlreiche Argumente gegen die Abgabe der Oberschulen und der Grundschulen vor. Die Stadtverordneten von SPD und CDU hielten sich zurück. Lediglich Jürgen Kumm (SPD) informierte kurz über den Ausgang der Abstimmung am Vortag im Kreistag. Sein Fraktionskollege Rainer Kriewald ließ gar erkennen, daß ihm die ganze Diskussion zu viel sei. Ein Änderungsantrag der AfW, mit dem ein Passus zur Kreisumlage in der Vertrag eingefügt werden sollte, wurde ebenso mit 17 Stimmen gegen 7 Ja-Stimmen abgelehnt wie das Ansinnen der PDS, die einzelnen Punkte Übernahmevertrag und Abgabe der Grundschulen getrennt abzustimmen. Die Stimmen von SPD, CDU, FDP (ohne Dr. Adler) und dem neuen Bürgermeister reichten dafür aus. Die auf Antrag von Dr. Spangenberg geheime Abstimmung zum Vertrag endete schließlich mit 18 Ja-Stimmen und 12 Ablehnungen. (Seite 4)

Klimawandel

Der Klimawandel ist, wie das Wort schon sagt, eine langsame und zaghafte Angelegenheit. Das trifft gleichermaßen auf das Wetter und die Politik zu. Die klimatischen Verhältnisse ändern sich im verborgenen, bleiben lange unbeachtet und schaffen sich mit spektakulären Ereignissen endlich die erforderliche Beachtung.

Glücklich sind diejenigen, die klimatische Veränderungen erfassen und sich auf diese einstellen können. Viele kämpfen gegen den Wandel und müssen sich letztendlich dann doch umstellen. Unser neuer Bürgermeister ist so ein Glückspilz. Während der größte Teil unserer Stadtverordneten noch am alten Bürgermeister hing, hat er sich von vielen unbeachtet auf eine große Karriere vorbereitet. Ohne sich auf eine der alten Cliques zu sehr einzulassen und mit Hilfe der verschreckten Staatsbediensteten hat er das Amt und die Bürde gewonnen. Das verdient Hochachtung und zeugt von kühlem Verstand.

Und das ist erst der Anfang. Ihr werdet es schon sehen, das Klima wandelt sich unaufhaltsam. Nichts wird mehr wie es war und alles ist neu. Vor der Stadt stehen gewaltige Herausforderungen. Das Stadtzentrum erhält endlich wieder ein städtisches Antlitz. Seit über sechzig Jahren klafften Baulücken, wo bald wieder das Herz der Stadt schlägt.

Die Eberswalder werden ihr Zentrum in Besitz nehmen müssen und gleichzeitig vor einer großen Aufgabe stehen. Das Landratsamt beansprucht nämlich den besten Platz. Es steht wie eine Burg im Herzen der Stadt. Daran ändern auch die zaghaften Versuche einer architektonischen Verschleierung nicht wirklich was. Bald sitzt die Landesherrschaft direkt vor unseren Augen. Jede Frau und jeder Mann muß jeden Tag daran vorbei. Die Damen und Herrn Chefs sind zum greifen nah und müssen sich vor aller Augen präsentieren. Sie werden sich noch wundern.

So wird jeder den allgegenwärtigen Streit der Obrigkeit ums Geld der Leute riechen, fühlen und anfassen können. Hinter den Kulissen tobt seit Jahren ein unübersichtlicher Kampf um unser Geld. Jeder Angestellte möchte sein Scherflein für das Alter und das warme Büro haben. Hier ein Streit um Kompetenzen und dort noch eine Umlage, was sie sich eben so ausdenken. Bisher kommt davon kaum etwas ans Tageslicht. Theo Steil, ein völlig unbeteiligter Unternehmer, der nur unseren Dreck verbrennen will, hat unvorsichtigerweise eines der Ventile geöffnet.

Aber das ist nur der Anfang. Wir lebten bisher in der Ruhe vor dem Sturm. Die Lehrstücke von Verdrängung und Raffgier werden aus nächster Nähe kommentiert. Das ist doch klar, denn wir sind schon seit Jahren da und sitzen auf einem guten Platz.

Dr. MANFRED PFAFF

Sowjetisches Ehrenmal in Finow demontieren

Brief an die StVV Eberswalde

Hiermit beantrage ich die Demontage des sowjetischen Ehrenmales am o.g. Ort. Das Denkmal befindet sich in einem erbarungswürdigen baufälligen und zu Niemandes Ehre gereichenden Zustand. Es ist ein ausgesprochener Schandfleck im Zentrum des Finower Ortsteiles. Spätestens seit Wendezeiten wurden hier keine Kränze mehr abgelegt und der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten gedacht. Das Denkmal sollte nicht ersatzlos verschwinden.

Ich plädiere für ein neues Denkmal, ein Denkmal für alle Opfer von Krieg und Gewalt mit der Inschrift »Du sollst nicht töten«. Ein solches Denkmal sollte von allen mitfinanziert werden, die es für gut und wichtig erachten, daß ein solches Denkmal errichtet wird. Dort könnten würdige Gedenkfeiern zu entsprechenden Daten und Tagen stattfinden, an denen dieses Gedenken notwendig ist. Ich bitte

Sie um Auseinandersetzung mit diesem Antrag und Vorschlag und um schriftliche Mitteilung Ihrer Entscheidung.

MARTIN APPEL



Im April 2006 erinnerten Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft an den 40. Todestag der sowjetischen Piloten Juri Janow und Boris Kapustin (BBP 4 u. 5/2006). Die beiden waren ums Leben gekommen, als sie mit ihrer Jak 28 eine Notlandung versuchten, um nicht über dichtbesiedelte Wohngebiete in Westberlin abzustürzen.

Neuer Fraktionschef

Prof. Johannes Creutziger ist der neue Vorsitzende der Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim. Der 54-jährige Hochschullehrer tritt die Nachfolge von Thomas Berg an, der sein Kreistagsmandat niederlegte.

Als Nachrückerin für Thomas Berg zog Ute-Katrin Krakau (41) aus Britz in den Kreistag ein. Die Mutter dreier Kinder und engagierte Naturschützerin will zukünftig im Kreistagsausschuß für Bildung und Kultur mitarbeiten.

THORSTEN KLEINTEICH,
Geschäftsführer der Fraktion
Grüne/Freie Wähler im Kreistag B arn im

Nachtrag

Im Zusammenhang mit der geplanten Benennung einer Eberswalder Straße nach dem Ortschronisten Rudolf Schmidt hatte Holger Kliche vom Geschichtswissenschaftlichen Institut (GWI) Eberswalde in der BBP 11/2006 auf die Verstrickungen des Heimatforschers im Naziregime hingewiesen. Von Kurt Berus, der ebenfalls aktiv in die Forschungen des GWI eingebunden ist, erhielt die BBP-Redaktion die im Beitrag von Holger Kliche fehlenden Hinweise auf die Quellen der verwendeten Zitate.

Die Aussage, wonach Schmidt als »geradezu ein Paradestück für alle sippenkundliche Geschichtsschreiberei« galt, ist gleich im ersten Satz zur Einschätzung »R. Schmidt und sein Werk«, W. Halle, Oberbarnimer Heimatkalender 1942, S.89, zu lesen. Das Zitat von Rudolf Schmidt selbst: »Nachdem der Nationalsozialismus das deutsche Recht wieder zu einem angemäßen gestaltet hat, kommt der rechtlichen Volkskunde eine erhöhte Bedeutung zu«, stammt aus Schmidts Artikel »Rechtsaltertümer aus Oberbarnimer Dörfern«, Oberbarnimer Heimatkalender, S.31. (bbp)

Light me Amadeu

Eberswalde (bbp). Anders als in Vorjahren sollte in das Gedenken anlässlich des 16. Todestages von Amadeu Antonio ein größerer Personenkreis einbezogen werden. Vor allem sollten Schülerinnen und Schüler angesprochen werden, die zum Teil vor 16 Jahren noch gar nicht geboren waren. Sie sollten einen ganzen Tag aktiv mitwirken, um gemeinsam Vorurteilen und Ausgrenzung in der Region Eberswalde entgegenzutreten.

Amadeu Antonio erinnere als eines der ersten Opfer rassistischer Gewalt in der nach dem Beitritt der DDR größer gewordenen BRD daran, heißt es im Einladungsschreiben, »daß wir entschlossen für eine offene und demokratische Gesellschaft zusammen stehen müssen«.

Am 6. Dezember trafen sich viele engagierte Einwohner verschiedenen Alters aus der Stadt Eberswalde und der Gemeinde Schorfheide, vor allem viele Schülerinnen und Schüler, um Ideen auszutauschen, Vorschläge zu entwickeln und Verabredungen zu treffen. Auf dem Vorbereitungstreffen im Oktober wurde in großer Gruppe die Überschrift entwickelt: *Light me Amadeu – Entzünde mich, Amadeu.*

Die ursprünglich als Veranstaltungsort vorgesehene Stadthalle im Familiengarten war leider nicht mehr frei. Das Gedenken an der Erinnerungstafel an der ehemaligen Chemischen Fabrik konnte daher nicht in die Veranstaltung integriert werden. Doch auch ohne organisiertem Gedenken kamen die Menschen am 6. Dezember an den Ort des Geschehens. Am Vormittag legten Schülerinnen und Schüler der Goethe-Oberschule Blumen nieder. Am Nachmittag besuchten die Mitglieder des Afrikanischen Kulturvereins Palanca den Ort, an dem ihr Freund vor 16 Jahren niedergeschlagen worden war.

Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Eberswalde (bbp). Lohnabhängige Arbeit ist das Lebenselixier der heutigen Gesellschaft. Mehrwertproduktion ist anders nicht möglich. Und unter kapitalistischen Verhältnissen tritt das Mehrprodukt nun mal hauptsächlich als Mehrwert in Erscheinung. Der Mehrwert ist das Objekt, um das sich sämtlicher Verteilungskampf dreht. Kein Wunder also, daß die Schaffung oder der Erhalt von Lohnarbeit – oder nach heutigem Sprachgebrauch: von Arbeitsplätzen – allerorten als eine Aufgabe von höchster Priorität angesehen wird, meist ohne die Sinnhaftigkeit dieser Arbeitsplätze ernsthaft zu hinterfragen.

So wird die geplante »Energetische Verwertungsanlage (EVA)« der Firma Theo Steil GmbH an der Angermünder Straße selbstverständlich in erster Linie dazu dienen, 10 bis 15 neue Arbeitsplätze neu zu schaffen und die bestehenden rund 150 Arbeitsplätze im Betrieb und 50 weitere im Umfeld zu erhalten.

Eine ähnliche EVA nahm kürzlich auf dem Gelände des Eberswalder Binnenhafens ihren Betrieb auf. Beantragt war auch hier eine Genehmigung, die die Verbrennung von kontaminiertem Altholz erlaubt. Allerdings ist der Angebotsüberhang auf dem Altholzmarkt mittlerweile abgebaut. Deshalb versorgt sich das Holzkraftwerk vorrangig mit Frischholz aus den umliegenden Wäldern, wie es heißt. Das Holzkraftwerk schafft 10 bis 15 neue Arbeitsplätze. Wobei die Abgasreinigung des Holzkraftwerkes selbstverständlich dem technischen Stand entspricht. Eine ebenfalls auf dem Hafengelände geplante 5-Megawatt-Biogasanlage könnte indes mangels verwertbarer Maiszulieferungen scheitern. Auch hier dürften 10 bis 15 neue Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

Die Standortwahl der neuen Energieeinspeisung an der Lichterfelder Wassertorbrücke war vorausschauend, da neben den EVAs auf dem östlich gelegenen Hafengelände nun bei Steil auch westlich der Wassertorbrücke die Produktion von Elektroenergie geplant ist. 45 neue Arbeitsplätze, wie stolz könnte der ehemalige Bürgermeister von Eberswalde sein – wäre er nicht abgewählt worden. Es ist sein Programm für die Entwicklung Eberswaldes, das nun Früchte trägt. Die Millionen, die in Kanalausbau, Hafen und Umgehungsstraße investiert wurden und werden, beginnen sich auszuzahlen.

Das Argument Arbeitsplätze wird indes auch von den Gegnern der Steil'schen EVA ins Feld geführt. Und tatsächlich taugt eine Sondermüllverbrennungsanlage kaum als Werbung für die geplante »Tourismus- und Gesundheits-Region«. Wobei noch unklar ist, ob diese Sekundärwirtschaft tatsächlich eine nachhaltige Wertschöpfung hervorbringen kann.

Konkreter ist das Signal, das die Eberswalder rot- und Feinbackwaren GmbH »Märkisch Edel« aussendet: »Da sich unser Hauptkundenpotential in den Berliner bzw. Randberliner Raum

verschoben hat«, schrieb Geschäftsführer Christian Kurth in einem Brief an die Eberswalder Stadtverordneten, »denken wir unter diesen neuen Bedingungen verstärkt über eine Standortverlagerung nach. Neuinvestitionen müssen ohnehin getätigt werden, diese könnten auch an einem besser geeigneten Standort erfolgen.« Die Brotfabrik mit Sitz in der Angermünder Straße beschäftigt derzeit 124 Mitarbeiter in Eberswalde und 46 weitere an anderen Standorten.

Wenn die Geschäftsführung jetzt »verstärkt über eine Standortverlagerung« nachdenkt, schlußfolgern manche, daß bereits vorher eine Standortverlagerung in der Diskussion war, nur eben nicht »verstärkt«. Allerdings würde eine 250 Meter entfernte Sondermüllverbrennungsanlage bei »Märkisch Edel« tatsächlich zu einem erheblichen Imageverlust führen, der die »Stellung am Markt« des Bäckereiunternehmens »existenzbedrohend« schwächt. Daran ändert auch die beste Filtertechnik nichts.

Die Müllverbrennungsanlage schafft Arbeitsplätze und gefährdet Arbeitsplätze. Ein Dilemma für alle Wirtschaftsförderer.

Inzwischen haben die Gegner der Müllverbrennung die Hoheit über die öffentliche Meinung gewonnen. Selbst die SPD-Fraktion brachte sich auf der jüngsten StVV mit einem Ergänzungsvorschlag zum Antrag von Grüne/BFB in die Diskussion ein, nachdem der Grünen-Vorschlag zwei Wochen zuvor im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt vom SPD-Vertreter Christian Trill noch vehement abgelehnt worden war.

Der Theo Steil GmbH als Antragsteller ist demgegenüber juristisch in der Vorhand. Das für das Abfallzentrum vorgesehene Gelände gilt im Flächennutzungsplan der Stadt als Industriegebiet. Somit kann Steil von einem Rechtsanspruch für den Bau der Anlage ausgehen, sofern das Verfahren und die Grenzwerte nach der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) eingehalten werden.

Der neue Bürgermeister und die Stadtverordneten haben sich jedoch eindeutig gegen das Steil-Projekt positioniert. Entsprechend dem Grüne/BFB-Antrag wollen sie prüfen, inwieweit mit einem Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluß der Bau der Müllverbrennungsanlage verhindert werden kann. Wie Baudezernent Dr. Gunther Prüger am 5. Dezember den Bauausschuß informierte, soll der alte B-Planur 624 »Waldeshust« als Grundlage dienen. Dieser Aufstellungsbeschluß soll möglicherweise schon zur StVV am 14. Dezember als Eilvorlage auf die Tagesordnung kommen. Auch eine eigens einberufenen Sondersitzung wird nicht ausgeschlossen. Die Zeit drängt jedenfalls. Das Genehmigungsverfahren, zu dem am 5. Dezember die Unterlagen bei der Stadtverwaltung eingegangen sind, sieht eine Stellungnahme der Stadt bis zum 12. Januar vor. Die StVV tagt aber im neuen Jahr erstmals am 25. Januar.

Begriffsverwirrung

Es ist schon schlimm, wenn eine Sonderabfallverbrennungsanlage als »Energetische Verwertungsanlage« bezeichnet werden darf. Es wird aber katastrophal, wenn verantwortliche Kommunalpolitiker nicht hinterfragen, was sich hinter solch einem Begriff verbirgt. Kommunalpolitiker handeln aber verantwortungslos, wenn sie nicht einmal zum ersten öffentlichen Beratungstermin hingehen, auf der die vorgesehene Investition einer Sonderabfallverbrennungsanlage extra für die verantwortlichen Mütentscheidungsträger vorgestellt werden. Schon gar nicht mehr kann ich die verantwortlichen Kommunalpolitiker verstehen, die doch die Gesundheits- und Umweltprobleme kennen, die von Industrieanlagen ausgehen können.

Wir etwas älteren Eberswalder haben doch erlebt, wie sich ein Heizkraftwerk auf das Wohnumfeld und die Gesundheit auswirkt. Wir haben doch sehen können, wie nach Jahren der Wald in der Umgebung des Zucht- und Mastkombinates abgestorben ist und wie die Bodenfruchtbarkeit auf den Gülleflächen gelitten hat. Selbst mit einer Filteranlage, die in der Wirkung nie 100prozentig sein kann, wird langfristig so eine Verbrennungsanlage schädlich sein. Wenn man dies alles bedenkt, dann ist doch die Frage erlaubt: Wie nehmen diese Kommunalpolitiker ihre Vorsorgepflicht gegenüber ihren Mitbürgern wahr?

Da kann ich zunächst der Firma Steil keinen Vorwurf machen. Denn die Verantwortlichen dieser Firma haben zunächst die Information gegeben, die sie zu geben hatten, mehr aber auch nicht. Aus den Unterlagen war aber schon zu erkennen, daß hier in Eberswalde die Endstation eines deutschlandweiten »Sonderabfalltourismus« organisiert werden soll. Scheinbar können unsere verantwortlichen Kommunalpolitiker in der Kreis- und Stadtverwaltung nicht zwischen Human- und Sonderabfalltourismus unterscheiden. Für sie scheint Tourismus gleich Tourismus zu sein. Der Landrat und seine zuständigen Mitarbeiter scheinen aus dem »Bernauer Müllskandal« immer noch kein Frühwarnsystem entwickelt zu haben. Sie scheinen überfordert zu sein und sollten daraus persönliche Konsequenzen ziehen.

REIMAR LOOSE

Während das Baudezernat nach anfänglichem Desinteresse nunmehr geschäftig die Vorgaben der Stadtverordneten und des neuen Bürgermeisters umsetzt, sammelt die Bürgerinitiative weiter Unterschriften gegen die Müllverbrennung. Die Steil-Vertreter verhalten sich still und hoffen auf das BImSch-Verfahren. In der Firmenzentrale in Trier wird sicher genau darauf geachtet, ab wann der politische Druck und mögliche teure Auflagen den Profitinteressen soweit entgegenlaufen, daß sich das Müllzentrum in Eberswalde nicht mehr rechnet.

Zum Schulproblem

Es ist deprimierend und traurig, daß es Schulprobleme aus finanziellen Gründen gibt. Bildung ist die Grundlage für Sicherheit, Wohlstand und das Leben verbessernden Fortschritt. Trotz hoher Arbeitslosigkeit gibt es Ausbildungs- und Arbeitsstellen, die infolge Mangels an geeigneten Bewerbern nicht besetzt werden können. Drogenmißbrauch mit schlimmen Folgen, Gewalt und Rowdytum, Rechtsradikalismus und auch zum Teil die Politikverdrossenheit – gekennzeichnet durch extrem geringe Beteiligung an demokratischen Wahlen – sehe ich als Ausdruck mangelhafter Bildung der Jugend vom Kindergartenalter an. In Schulen mit hohen Schülerzahlen in den Klassen, der teils ungenügenden psychologischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer und Unterrichtsprogrammen, in denen Wertevermittlung und Erziehung zu den Grundlagen der Demokratie fehlen, müssen wir die Ursachen sehen und Schlußfolgerungen finden: Kleinere Klassen mit 18 bis 20 Schülerinnen und Schülern, kleinere Kitagruppen mit umfassender ausgebildeten Erzieherinnen (Hochschulabschluß). Zur Erfüllung dieser Forderungen müssen wir trotz geringerer Geburtenzahlen keine der bestehenden Schulen schließen, brauchen aber sehr viel mehr Geld. Dazu sollte ernsthafter der Staatshaushalt durchforstet werden für die Herausfindung unnötiger Geldausgaben. Ein Beispiel möchte ich in den Ausgaben für das Militär sehen. Leider sind viele Umstände in der Welt so, daß man es nicht abschaffen kann. Doch wenn schon Waffensysteme, dann nur solche, die für Frieden stiftende Maßnahmen sinnvoll sein können. Viele sind es heute (und waren es niemals) nicht mehr, wie z.B. Einrichtungen für Bombeneinsätze mit den dazugehörigen Übungsbereichen (Bombodrom). Grundlagen für die Erziehungsinhalte sollten sein:

– Der kategorische Imperativ nach Immanuel Kant »Handle so, als ob die Maxime deines Handelns durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetz werden sollte«. Mit anderen Worten: »Tu nichts anderen an, was du auch nicht willst, daß es dir von anderen angetan wird« z.B. »Ich will nicht betrogen werden, also darf ich auch niemanden betrogen«.

– Die Ethik nach Albert Schweitzer: »Ich bin Leben inmitten von Leben, das auch leben will«

– Die Gedankenfreiheit nach Rene Descartes: »Ich bin zwar nicht ihrer Meinung, ich würde aber mein Leben dafür hergeben, daß sie anderer Meinung sein dürfen als ich«.

Dr. med. SIEGFRIED ADLER, Stadtverordneter

Verurteilt

Eberswalde (exil). Ein Jahr nach dem Angriff auf einen 17-jährigen afrodeutschen Jugendlichen in Eberswalde verurteilte das Amtsgericht Eberswalde am 3. November 2006 den ersten von drei Tätern wegen gefährlicher Körperverletzung.

Ganztagschule erhalten

Fest steht, daß es die Stadt Eberswalde versäumt hat, eine langfristige Schulentwicklungsplanung für die weiterführenden Schulen zu beschließen, die einerseits den demographischen Entwicklungen und andererseits den pädagogischen Konzepten der einzelnen Schulen gerecht wird. Der Vorschlag der Kreisverwaltung ist es nun, nur noch zwei Oberschulstandorte mit integrierten Grundschulteilen zu erhalten... Stadtplanung und Stadtentwicklung spielen aus Sicht des Kreises, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend sind die Finanzen, denn zwei Oberschulstandorte sind billiger als drei!

Zweizügige Gymnasien stehen nicht zur Diskussion, obwohl nur ca. 40 % der Schüler und Schülerinnen der 6. Klassen in die Gymnasien, 60 % der Schüler und Schülerinnen aber in die Oberschulen wechseln... Da in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag in keiner Weise die

pädagogischen Konzepte der einzigen Ganztagschule von Eberswalde im geschlossenen System Berücksichtigung finden, wird es keine Fortführung des bundesweiten BLK-Projektes »Lernen für den Ganztag« geben. Damit wäre aus Sicht der Stadtplanung ein weiterer Rückgang der Bevölkerungszahl im Brandenburgischen Viertel wahrscheinlich, wenn es dort zur Schließung der Oberschule »Albert Einstein« käme.

Als Alternativvorschlag, aufgrund der vermutlich zusätzlichen Einsparungen durch die Abgabe der Grundschulen, ist es durchaus möglich, die Oberschule »Albert Einstein« in Trägerschaft der Stadt zu erhalten. Im Rahmen des Ganztagschulprogramms der Bundesregierung wären 80 % der Förderung für den Ausbau von unserer Ganztagschule möglich.

NORBERT STEECK, Vorsitzender des Fördervereins der Albert-Einstein-Oberschule

Wortmeldung auf der StVV-Sitzung am 30.11.2006:

Eine Form der Selbstkastration

Die vor einem Jahr mit knapper Mehrheit und unter dem Druck eines unausgeglichene Haushaltes beschlossene Abgabe der weiterführenden Schulen steht heute mit dem vorliegenden Vertrag erneut zur Debatte.

Ein Jahr lang wurde zum Teil sehr kontrovers diskutiert. Dabei kamen neue Lösungsansätze zur Sprache, die ich für interessant und unterstützenswert halte. So konnte, was im Dezember 2005 noch unmöglich schien, die integrierte Oberschulbildung für gehörlose und hörgeschädigte Schüler in Westend erhalten werden. Auch die Idee von den Oberschulen mit integriertem Grundschulteil hat eine Menge Charme.

Allerdings widersprechen die vom Kreis vorgeschlagenen Insellösungen jeglichen Vorstellungen von Integration. Das Kreiskonzept läuft auf eine Eliteschule hinaus, die sich auf Kosten der anderen Schulen entwickelt. Städtische Interessen werden dabei ausdrücklich negiert.

Eine erfolgreiche und gleichberechtigte Integration der Grund- und Oberschulen ist nur in gemeinsamer städtischer Trägerschaft möglich. Der Landkreis in seiner Zwittereigenschaft als Dienstleister für die Kommunen und gleichzeitige Kommunalaufsicht kann das nicht.

Die Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis war, ist und bleibt ein schwerer Fehler. Nun wird gar noch die Abgabe von zwei Grundschulen durch die Hintertür des öffentlich-rechtlichen Vertrags angestrebt.

Die Stadt verzichtet ohne Zwang auf eine wichtige Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Das ist eine Form von Selbstkastration. Wer für eine Dreiviertel Million Steinerlandschaften krieert, aber keinen Cent für die Bildung und Erziehung der eigenen Kinder übrig hat, macht sich unglaublich.

Ich bitte Sie, stimmen Sie diesem Vertrag nicht zu. Nehmen Sie die Verantwortung für die Eberswalder Schülerinnen und Schüler wahr. Sehen Sie die Schulentwicklung als Teil der Stadtentwicklung. Das ist unsere Aufgabe als Stadtverordnete.



Die Vorschläge aus der Diskussion des letzten Jahres aber sollten wir aufgreifen. Unsere eigene Schulentwicklungsplanung vom November 2005 sah drei Oberschulstandorte vor. Es gibt keinen Grund, davon abzugehen.

Die drei Oberschulstandorte Mitte, Westend und Albert Einstein befinden sich alle in unmittelbarer Nähe von Grundschulstandorten. Da liegt es nahe, an allen drei Standorten die Idee von den Oberschulen mit integriertem Grundschulteil umzusetzen. Eine wirkliche Integration kommt allerdings nur zustande, wenn auch die beiden anderen Grundschulstandorte einbezogen werden.

Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Die Trägerschaft der Grundschulen und der Oberschulen muß in einer Hand bleiben.

In der Hand der Stadt Eberswalde.

Lehnen Sie diesen Vertrag ab. Machen wir uns schleunigst daran, die Schulentwicklung in unserer Stadt wieder in die eigene Verantwortung zu übernehmen. Mit unserem neuen Bürgermeister haben wir sogar einen anerkannten Fachmann an der Hand, mit dem wir diese Aufgabe zweifellos lösen können.

GERD MARKMANN, Stadtverordneter

»Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik«

Erläuterungen Transparenz-Vorlage

Die »Transparenz-Vorlage«, durch welche die Öffentlichkeit bessere Informationen über die Vorgänge in den städtischen Gesellschaften erhalten sollten, erhielt auf der StVv am 30. November nur die Stimmen von 7 Stadtverordneten (die 3 Mitglieder der AfW-Fraktion, die 3 anwesenden Stadtverordneten der Fraktion Grüne/BFB und der Stadtverordnete der Linkspartei.PDS Gerd Markmann). 17 Stadtverordnete stimmten dagegen, 4 Stadtverordnete enthielten sich (aus den Fraktionen der CDU und der FDP – Angaben ohne Gewähr). Eine Debatte gab es nicht. Die Fraktion Allianz Freie Wähler lege größten Wert darauf, hatte der Fraktionsvorsitzende Dr. Günter Spangenberg zuvor in einem Brief geschrieben, der im Oktober allen Stadtverordneten übermittelt wurde, »daß diese Vorlage Ihre Zustimmung findet«. Ergänzend zur Vorlagebegründung gab Dr. Spangenberg folgende Hinweise:

Eine analoge Vorlage wurde von der Fraktion bereits im März 2005 (A1/15/05) eingebracht. Nach Verweisung in die Ausschüsse und sich abzeichnender Ablehnung wegen rechtlicher Bedenken der Abgeordneten zog die Fraktion den Antrag zurück.

Inzwischen gibt es in gleicher Sache eine Entscheidung des Bayrischen Verwaltungsgeschichtshofes vom 8. Mai 2006 (VGH 4BV 05.756). Nach diesem VGH-Urteil hat der Stadtrat Passau den Transparenz-Antrag zur Einschränkung der Geheimhaltungspflicht in kommunalen GmbHs in einer Sondersitzung einstimmig beschlossen.

Die vom Stadtrat 2003 zunächst abgelehnte Forderung war Gegenstand eines von der ödp gestarteten Bürgerbegehrens »Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik«. Die Ablehnung des Bürgerbegehrens war von der ödp gerichtlich angefochten worden. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Passau, daß das Bürgerbegehren zulässig ist, wurde nun vom Bayerischen Verwaltungsgeschichtshof bestätigt.

Der zulässige Bürgerentscheid ist in Passau jedoch nicht mehr erforderlich, weil der Stadtrat nunmehr die Forderung des Bürgerbegehrens zum Beschluß erhoben hat. Die von der ödp geforderte Einschränkung der Geheimhaltungspflicht in den stadteigenen GmbHs und die vorherige Information der Medien über die Tagesordnung der Aufsichtsgremien wird nun

verpflichtend in den Gesellschaftsverträgen der stadteigenen GmbHs verankert.

Nun liegt Passau zwar nicht in Brandenburg, es darf aber davon ausgegangen werden, daß auch in Brandenburg eine gerichtliche Entscheidung zum gleichen Ergebnis führt. Auf jeden Fall ist die Fraktion Allianz Freier Wähler entschlossen, im Falle der Ablehnung der Vorlage den Rechtsweg zu beschreiten.

Der Text unserer Transparenzvorlage ist identisch mit dem Text, der der richterlichen Entscheidung zugrunde lag. Insofern dürfte es auch für die Stadtverordneten keine rechtlichen Probleme geben. Die Zeit seit der Ersteinreichung am 8. März 2005 dürfte auch hinreichende Gelegenheit gegeben haben, die Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen.

Die Fraktion Allianz Freier Wähler möchte die Bedeutung des Transparenzbeschlusses nochmals nachdrücklich unterstreichen. Fehlende Transparenz in kommunalen Fragen dürfte eine der Ursachen für die jüngsten Fehlentwicklungen in der Stadt sein. Wir sind davon überzeugt, daß es bei der gebotenen Transparenz in kommunalen Unternehmen beispielsweise nicht zum rechtswidrigen Verkauf der Stadtwerkeanteile gekommen wäre. Auch der Spendenskandal erfordert als wichtigste Schlußfolgerung, die Transparenz in allen kommunalen Fragen zu sichern.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Beschimpfung von Nichtwählern

Für einen real denkenden Menschen ist wohl unbestritten, daß die immer niedrigere Wahlbeteiligung im Wesentlichen auf Politikverdrossenheit und Enttäuschung der Wähler zurückzuführen ist. Neben der unsozialen und ungerechten Politik der CDU/SPD-Koalitionen im Bund, dem Land und im Barnim hat wohl sicher auch die Kommunalpolitik in Eberswalde und die Skandale im Rathaus zu diesen Reaktionen beigetragen. Umso verständlicher ist mir, daß Herr Stennert in seinem Kommentar in der Wochenzeitung »Blitz« faktisch 24.000 Eberswalder Nichtwähler als unwürdig und desinteressiert beschimpft und dabei offensichtlich die tieferen Ursachen ihres Verhaltens unter den Tisch kehrt. Natürlich ist es – auch nach meiner Meinung – wünschens-

wert, daß sich viele an der Wahl beteiligen. Herr Stennert sei aber in diesem Zusammenhang gesagt, daß es in einer Demokratie jedem frei gestellt ist, wen oder ob er wählt!

Der neue Bürgermeister hat verdient, eine faire Chance durch die Wähler und auch die Nichtwähler sowie den Stadtfaktionen der Parteien zu erhalten, um sich für das Wohl der Eberswalder und seiner Bewohner einzubringen. Für mich ergibt sich die abschließende Gegenfrage: Hat Eberswalde einen solchen Kommentator und einen solchen Leitartikel verdient?

Dr. HELMUT KOCH

Nicht veröffentlichter Leserbrief an den »Eberswalder Blitz«, zum Kommentar vom 25./26.11.2006 »Verdient und unverdient«

Bericht wird nachgereicht

Eberswalde (bbp). Auch nach dem umstrittenen Stadtwerkeverkauf besitzt Eberswalde mehrere Unternehmen. Die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs GmbH und die Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) gehören der Stadt zu 100 Prozent. An der GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheits mbH, der WITO Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH und der Brandenburgisch-Mecklenburgischen Elektrizitätswerke AG hält die Stadt Anteile von 3,8 Prozent, 3,0 Prozent bzw. 0,85 Prozent. An weiteren Unternehmen ist die Stadt indirekt beteiligt.

Die brandenburgische Gemeindeordnung schreibt vor, daß zur Information der Abgeordneten und der Einwohner ein Beteiligungsbericht zu erstellen und jährlich fortzuschreiben ist. »Der Bericht soll insbesondere«, heißt es in § 105, Abs. 3, GO, »Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft und die Kreditaufnahme enthalten«.

Bisher lag der Beteiligungsbericht als Anlage der jährlichen Haushaltssatzung bei. In diesem Jahr suchte man den Beteiligungsbericht jedoch vergeblich. Lediglich Tabellen der Wirtschaftspläne und der neuesten Jahresabschlüsse (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) der WHG und der TWE waren an den 2007er Haushaltsentwurf angehängt. Dies entspräche dem § 2 Absatz 2 Ziffer 6 der Gemeindehaushaltsverordnung lautete die lapidare Erklärung. Die Aufstellungen seien entsprechend einer Auflage aus dem Bericht zur überörtlichen Prüfung, der im Frühsommer wegen der Aufdeckung erheblicher Unregelmäßigkeiten u.a. bei der Spendenverwendung für erhebliches öffentliches Aufsehen gesorgt hatte, in die Haushaltsvorlage aufgenommen worden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann erklärte die zuständige Fachdienstleiterin Renate Geissler, daß dies den Beteiligungsbericht ersetze. Erst der Verweis auf den entsprechenden Paragraphen der Gemeindeordnung veranlaßte schließlich den 1. Beigeordneten Lutz Landmann zu der Erklärung, daß der Beteiligungsbericht nicht zwingend als Anlage zum Haushalt gehöre und daß er in Kürze nachgereicht werde.

Keine Schulbezirke mehr?

Eberswalde (bbp). Die am 30. November beschlossene Abgabe von zwei Grundschulen an den Landkreis wird erhebliche Folgen auf die Eberswalder Schullandschaft haben. Folgen, die bislang nicht diskutiert wurden. Darauf machte Karen Oehler (Grüne/BFB) aufmerksam. Amtsleiter Michael Nehls bestätigte das. Er stellte klar, daß nach der Abgabe der Grundschulen zugleich die gültige Schulbezirkssatzung aufgehoben werden müsse, da die Stadt den dann in kreislicher Trägerschaft stehenden Schulen keine Schulbezirke vorschreiben könne.

»Da wohnt gar keiner«

Eberswalde (bbp). Im Jahre 2003 hatten 1960 Finower Albrecht Triller zu ihrem Ortsbürgermeister erkoren. Das waren 62 Prozent der abgegebenen Stimmen und immerhin 23 Prozent der Wahlberechtigten. Zum Vergleich: Dem neuen Bürgermeister Friedhelm Boginski reichten die Stimmen von 19 Prozent der zur Wahl berechtigten Eberswalder zum Wahlsieg. Dem seit 1990 amtierenden alten Ortsbürgermeister von Finow, Rainer Gruzialewski, war vor allem Inaktivität vorgeworfen worden, da dieser zuletzt nicht einmal mehr Sprechstunden durchführte. Inaktivität kann man Gruzialewskis Nachfolger kaum vorwerfen. Albrecht Triller zeigt sich für vielfältige und zum Teil spektakuläre Aktivitäten verantwortlich, bei weitem nicht nur als Ortsbürgermeister. Er ist bekannt, bei erkannten Mißständen den Finger erbarmungslos in die Wunde zu legen.

Daß andere bei den von Albrecht Triller angesprochenen Themen oft anderer Auffassung sind und auf dessen Aktivitäten alles andere als erfreut reagieren, muß nicht verwundern. So auch nicht, wenn einzelne Bürgerinnen oder Bürger des Stadtteils Finows kritische Briefe schreiben. Verwunderlich hingegen ist, wie mit solcher Kritik umgegangen wird.

Beim Ortsbürgermeister und im Büro der Stadtverordnetenversammlung war ein Brief der Familie Gottschalk aus der Ringstraße 109 eingegangen, mit heftiger Kritik an den Aktivitäten von Albrecht Triller. Solche Beschwerden an der Amtsführung von Repräsentanten der Stadt gibt es häufiger. Erst jüngst beschäftigte sich die StVV mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den ehemaligen Bürgermeister und den 1. Beigeordneten. Allerdings im nichtöffentlichen Teil der StVV-Sitzung. Das ist üblich, wenn Personen angegriffen werden. Der Schutz von Persönlichkeitsrechten in der BRD nicht zu unrecht sehr hoch bewertet.

Die Beschwerde der Familie Gottschalk wurde nicht so behandelt. Vielmehr setzte auf der 32. Sitzung der StVV am 30. November der stellvertretende StVV-Vorsitzende Fred Sponner, der an diesem Tag die Versammlung leitete, im Tagesordnungspunkt »Informationen des Vorsitzenden« dazu an, den Beschwerdebrief zu verlesen. Ehe er beginnen konnte, unterbrach ihn allerdings eine Wortmeldung des Finower Ortsbürgermeisters. Der fragte, ob denn nachgeforscht worden sei, ob es diese Familie Gottschalk in der Ringstraße 109 tatsächlich gebe.

Verdutztes Schweigen.

Albrecht Triller: »Da wohnt keiner mit dem Namen Gottschalk.« – Stille.

Schließlich rief jemand, der offenbar sehr gut informiert war, in die Stille: »Die Gottschalks wohnen in der Nummer 121.«

Wieso die Gottschalks nicht wissen, wo sie wohnen, wurde nicht geklärt.

Der Versammlungsleiter ging, ohne ein weiteres Wort zu verlieren, zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Antwort vom Berliner Senat zum Flugplatz Finow:

»Ein solcher Ausbau wird abgelehnt«

Finow (bbp). Im Spätsommer hatte das Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, im Rahmen des Raumordnungsverfahrens die Zustimmung des Landes Berlin zur Entwicklung des Verkehrslandeplatzes Finow zum Regionalflughafen zu verweigern. Am 11. September verschickten die amtierenden Bürgermeister von Eberswalde und Schorfheide sowie die Vorsitzenden der Fraktionen von SPD, PDS, CDU und FDP in beiden Gemeinden daraufhin zwei Briefe an den Berliner Regierenden Bürgermeister Wolfgang Wowereit und an den Ministerpräsidenten Brandenburgs Matthias Platzeck. Die Kommunalpolitiker brachten ihre Empörung über die ablehnende Haltung der Berliner Volksvertreter zum Ausdruck. Mit dem geplanten Ausbau des Flugplatzes Finow werde keine Konkurrenz zu Berlin aufgebaut, hieß es in den Schreiben. Der Regionalflughafen Finow stelle vielmehr eine sinnvolle regionale Ergänzung für den »eher national und international ausgerichteten Luftverkehr des Flughafens Berlin Brandenburg (BBI)«.

Anfang November ging nun ein Antwortschreiben aus der Berliner Senatskanzlei bei der Stadt ein. Darin wird versichert, daß der Senat »keine Bedenken gegen einen bedarfsgerechten Ausbau des Verkehrslandeplatzes Finow« habe. »Dies könnte den Ausbau zu einem Flughafen mit Betrieb nach Instrumentenflugregeln und einer zugelassenen maximalen Abflugmasse von bis zu 30 t für Propeller- und 20 t für Strahlflugzeuge bedeuten.« Die aktuellen Vorstellungen des Betreibers des Verkehrslandeplatzes Finow würden allerdings deutlich über eine solche Konzeption hinausgehen, »wenn hier eine Erhöhung der maximalen Startmasse auf 85 t vorgesehen werden soll. Ein solcher Ausbau wird vom Land Berlin abgelehnt.«

Ein solcher Ausbau hätte zur Folge, »daß der Verkehrslandeplatz Finow neben dem regionalen Flugverkehr auch internationalen Low Cost Carriern, z.B. Ryanair und ähnlichen Gesellschaften,

als Start- und Landeplatz dienen könnte«. Die Erhöhung der Höchststartmasse auf 85 t würde eine Nutzung insbesondere durch solche Billigfluglinien überhaupt erst ermöglichen. Der Bund und die beiden Länder Berlin und Brandenburg hätten sich als Gesellschafter der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH darauf geeinigt, Schönefeld zum Single-Flughafen BBI auszubauen. Die im Entwurf eines neuen Landesentwicklungsprogramms der Länder Berlin und Brandenburg angesprochenen Regionalflughäfen sollen dabei als Ergänzung für den BBI dienen, »nicht jedoch dessen wirtschaftliche Grundlage gefährden und schwächen«.

Die Einordnung als Regionalflughafen ist keine vom Luftverkehrsgesetz geregelte Kategorie und schließe daher die Bedienung nationaler und internationaler Strecken über die Regionalen Bedürfnisse hinaus rechtlich nicht aus. »Sie kann die notwendige Festlegung von angemessenen Höchststartmassen nicht ersetzen.«

Auch seitens der Brandenburger Landesregierung gab es inzwischen eine Antwort. Diese beschränkte sich darauf, aus einem Brief des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung an den Barnimer Landrat Bodo Ihrke zu zitieren. Darin heißt es, daß das Raumordnungsverfahren zum Flugplatz Finow noch nicht eröffnet worden sei. »Im Rahmen der Neufassung der Landesplanung und der gegenwärtig laufenden Vorbereitung der Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg werden u.a. Aussagen und Festlegungen bezüglich einer längerfristigen räumlichen Standortvorsorge für den regionalen Luftverkehr im Gesamttraum Berlin-Brandenburg getroffen.« Auch in diesem Zusammenhang erfolge eine »Würdigung der Entwicklungsmöglichkeiten des Verkehrslandeplatzes Finow. Seien Sie versichert, daß dabei alle Möglichkeiten zur gedeihlichen Entwicklung der Wirtschaft und der Infrastruktur ausgeschöpft werden. Ich hoffe, daß diese Information zur Versachlichung des Themas beitragen kann.«

Unternehmensnachrichten

Eberswalde (bbp). Während jetzt mit der Flugplatz Finow GmbH ein weiteres Überbleibsel aus der Brandstetter-Pleite aus dem Handelsregister gelöscht wurde, siedelte sich auf dem Flugplatz Finow ein neues Unternehmen an. Die Logiline Eberswalde GmbH mit dem 37jährigen Geschäftsführer Milon Demuth an der Spitze hat die Logistik von Waren und Gütern bis 3,5 t im internationalen Verkehr zum Unternehmensgegenstand. Ein weiterer Zugang für die Finower Wirtschaft ist die FINOW VALVES GmbH, die mit Beschluß vom 5. September 2006 ihren Firmensitz von Bernau nach Finow in die Angermünder Straße 101 verlegt hat. Auf dem Gewerbegebiet an der Angermünder Str. 101 wirtschaften bereits der FINOW Rohrleitungssystem- und Apparatebau,

die THIMM Verpackung, die WWL Spedition AG und eine Niederlassung der Kranservice Rheinsberg GmbH. Neues kann auch die Märka Märkische Kraftfutter Gesellschaft mbH vermelden. Nach dem Tod des geschäftsführenden Gesellschafters, hatten die Erben ihre Gesellschaftsanteile verkauft. Neuer Geschäftsführer wurde jetzt der 45jährige Matthias Krispin aus der Lutherstadt Wittenberg.

Mit einer neuen Struktur tritt die ibis GmbH auf dem Kranbaugelände in Erscheinung. Die ibis prima Bildung & Beratung GmbH hat die Erwachsenenbildung sowie die Entwicklung, Konzeption und Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen und die private Arbeitsvermittlung, Personalberatung und Entwicklung zum Gegenstand.

Erfahrungen mit dem Neuanfang

Jetzt ist er da, der Neuanfang. Die Dienstzeit eines Bürgermeisters hat neu angefangen. Geredet wird über den notwendigen Neuanfang seit dem Spendenskandal. Aber aus unerfindlichen Gründen konnte der Neuanfang nicht vor dem Amtsantritt des neugewählten Bürgermeisters beginnen. Warum eigentlich nicht? Dafür geht es jetzt aber richtig los. Gleich nach dem Umlegen der Amtskette in der Stadtverordnetenversammlung. Große Worte von Transparenz und Bürgernähe.

Schon vor der Stichwahl hatte das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde zu einer Kundgebung vor dem Tagungsort der StVV aufgerufen aus der Überzeugung, daß von einem neuen Bürgermeister nicht automatisch eine bürgerfreundlichere Politik zu erwarten ist. »Wir Bürgerinnen und Bürger müssen weiterhin selbst unsere Stimme erheben«, hieß es im Aufruf. Themen wie die Sondermüllverbrennungsanlage, die Schließung der Einsteinschule, der Spendenskandals und die Erhöhung der Wasserpreise standen zur Debatte.

Es war nicht die erste Demo vor dem Hause der StVV. Jetzt aber ist dieses Haus Pachtobjekt eines privaten Betreibers. Die Demonstranten wurden dezent in Richtung Straße abgedrängt. Neu war auch, daß am Eingang zum Tagungsgebäude Ordnungskräfte in schwarzen Anzügen den Zugang steuerten und im Tagungsraum die Besucher auf Distanz zu den Abgeordneten hielten.

Der stellvertretende StVV-Vorsitzende Fred Sponner begrüßte die zahlreich erschienen Gäste mit freundlichen Worten und Freude über das Interesse an der Arbeit der StVV. Wie leicht solche Worte von der Zunge gehen. Waren die Gäste nicht nur deshalb erschienen, um den Stadtverordneten Dampf zu machen?

Nachdem der neuernannte Bürgermeister seine wohlklingende Grundsatzerklärung abgegeben hatte, stellten die Bürger ihre kritischen und drängenden Fragen. Erste Einsichten wurden bewirkt. Dazu gehört die nun andere Bewertung der Müllverbrennungsanlage der Fa. Theo Steil. Nachdem ein halbes Jahr lang die heraufziehende Gefahr für Bevölkerung und Umwelt durch die Stadt völlig verkannt und unter der Decke gehalten wurde, bewirkten die massiven Proteste und der neue Bürgermeister,



Der stellv. StVV-Vorsitzende Fred Spenner nimmt dem neuen Bürgermeister Friedhelm Boginski den Amtseid ab.

daß die Stadtverwaltung erste schüchterne Selbstkritik übt und einen Richtungswechsel versucht. Da das Genehmigungsverfahren begonnen hat, ist es fünf vor Zwölf.

Keine neuen Einsichten gab es in der Schulpolitik. Der Nachweis der erwarteten Spareffekte steht weiter aus. Die Auswirkungen auf die Stadtentwicklung sind unabsehbar. Die Spaltung in Elite- und Problemschulen zeichnet sich ab. Aber fehlendes Beurteilungsvermögen und parteipolitisches Kalkül bildeten die Grundlage für die Zustimmung zur Vereinbarung über die Abgabe der weiterführenden und zweier Grundschulen an den Landkreis. Hier kann nun nur noch der Schaden zur Einsicht führen – es ist schon fünf nach Zwölf.

Eine Konterkarierung jeglicher Einsicht und des erklärten Neuanfangs war am Ende der Stadtverordnetenversammlung zu erleben. Selbst größte Pessimisten hätten sich nicht träumen lassen, daß die Stadtverordneten den Antrag der Fraktion Allianz freier Wähler zur Einschränkung der Geheimhaltungspflicht in kommunalen Betrieben durchfallen lassen.

Dem aufmerksamen Beobachter dürfte noch eine besondere Neuigkeit nicht entgangen sein. Von einem Schüler wurde in der Einwohnerfragestunde eine »Erklärung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« zur Schulpolitik vorgetragen. Mit solchen Erklärungen zu wichtigen Themen der jeweiligen Stadtverordnetenversammlung wird sich das Bündnis auch im Weiteren in die Stadtpolitik als außerparlamentarische Bewegung einmischen, schon jetzt mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008.

ALBECHT TRILLER

»Gemeinschaftliche« Arbeit im Rathaus

Eberswalde (prest-ew). Zur ersten Dezernenberatung mit dem neuen Bürgermeister Friedhelm Boginski am 5. Dezember gaben Lutz Landmann, Uwe Birk und Dr. Gunther Prüger jeweils einen Bericht über die Aufgaben ihres Zuständigkeitsbereiches mit deren Bearbeitungsstand. In offener, konstruktiver Atmosphäre wurden die Eckpunkte der Arbeitsinhalte festgelegt. Gemeinschaftlich werden die Probleme angegangen. Einigkeit besteht, den Bau einer Energieverwertungsanlage mit den

zur Verfügung stehenden Möglichkeiten versuchen zu verhindern. 2007 werden wieder 4 Azubis eingestellt. Die Ausschreibung dazu erfolgt in Kürze. Neu ist, daß bei ganz besonders guten Leistungen eine Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis erfolgen kann. Ein Ansporn für die jungen Leute, gute Ergebnisse zu erzielen. Möglich wird die Übernahme durch das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Altersgründen oder die Inanspruchnahme von Altersteilzeit.

Demo-Berichte:

Montagsdemos seit Oktober

In den Monaten Oktober und November fanden in Eberswalde 4 Montagsdemonstrationen statt. Die Themen der einzelnen Demos standen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Bürgermeisterwahlkampf. Dies war aus zweierlei Gründen besonders sinnvoll: In Zeiten von Wahlkämpfen können wirkungsvoller politische Forderungen gestellt werden. Andererseits ist Eberswalder Montagsdemo Teil eines »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde«, das für die Bürgermeisterwahl mit einem eigenen Kandidaten angetreten ist. Und wenn dieser Kandidat, Hartwin Schulz, aktiver Montagsdemonstrant ist, dann verdient er jegliche Unterstützung durch die Montagsdemonstranten. Die Montagsdemos waren deshalb alle auf Unterstützung ihres Kandidaten angelegt.

Neben der Unterstützung des Bürgermeisterkandidaten auf den Demos waren die Montagsdemonstranten auch Wahlkämpfer in anderer Form. Weil sich das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde nicht auf die Medien stützen konnte, weil diese einerseits wenig Sympathien für das Bündnis hegten und andererseits der Wahlkampf aus der Tasche der Bündnismitglieder finanziert werden mußte, wurden mehr als 110.000 Flugblätter in der Stadt flächendeckend verteilt. Dabei leisteten die Montagsdemonstranten einen wesentlichen Beitrag. Auch auf den zahlreichen Info-Ständen des Bündnisses waren immer auch Montagsdemonstranten vertreten. Sie haben damit Anteil an guten Abschneiden des Kandidaten, der mit 18,7 % der Stimmen im ersten Wahlgang selbst die SPD- und PDS-Kandidaten hinter sich ließ.

Die Montagsdemonstranten hatten schon im September Forderungen an die Bürgermeisterkandidaten übergeben. Auf diese Forderungen gab es keine Reaktion. Lediglich zur Forderung nach dem Sozialticket gab es die Aussage, das sei aus finanziellen Gründen nicht machbar. Aber eine direkte Antwort auf das schriftlich übergebene Papier gab es nicht. Am Tage nach der Stichwahl übermittelte die Eberswalder Montagsdemo dem neugewählten Bürgermeister nochmals aktualisierte Forderungen. Auch darauf gibt es keine Antwort. Wie ist dies mit der Zielstellung eines neuen bürgerorientierten Politikstils zu erklären? Offensichtlich gibt es eine stark selektive Wahrnehmung von Bürgerinteressen.

Die Montagsdemonstranten nutzten auch den Bürgermeisterwahlkampf, um den Engel-Wahlkämpfer Matthias Platzeck mit ihren Aussagen zu konfrontieren. »Danke, Herr Platzeck, für Schulschließungen«, »Danke, Herr Platzeck, für 19 % Mehrwertsteuer« und »Danke, Herr Platzeck, für Hartz IV«. Sie forderten damit den Ministerpräsidenten und den Kandidaten zum Gespräch heraus und gaben der

Wahlkampfveranstaltung eine besondere Note, was sich am Folgetag entsprechend illustriert in der MOZ wiederfand.

Bürgermeisterkandidat Bockhardt wird sich sicher sehr gewundert haben, daß auf seiner letzten Wahlkampfveranstaltung, dem Familientag am Weidendamm, eine Gruppe von Montagsdemonstranten »in Zivil« erschien. Nach freundlicher Begrüßung und Entgegennahme von Gutscheinen für Essen und Trinken führten sie mit ihm und mit weiteren Gästen der Veranstaltung Gespräche. Ansonsten



ließen sie sich das kostenlos Dargebotene gut schmecken. Danach war allerdings eine kleine Aktion angedacht. Mit dabei in einem Beutel waren nämlich Spruchtafeln mit Aufschriften wie: »Neuanfang mit Wählerbestechung?«, »Wer Wähler besticht, betrügt sie auch«, »Besser Sozialticket als Fresserei«, »Vor der Wahl Schweinebraten, nach der Wahl böse Taten« u.a. mehr. Mit diesen Sprüchen wollten die Montagsdemonstranten die Gäste auf die Fragwürdigkeit der Werbeveranstaltung hinweisen. Nach kurzer Beratung am Rande unterblieb die Aktion jedoch. Man fühlte sich nicht wohl, erst die »Wahlgeschenke« anzunehmen und danach dagegen zu protestieren. Es gibt eben noch Menschen mit Charakter.

Eberswalder Montagsdemo

19% MwSt für 2006er Strom?

Eberswalde (bbp). Wie aus einem Rundschreiben des Bundesfinanzministeriums zur Mehrwertsteuererhöhung auf 19% hervorgeht, müssen die Verbraucher von Strom, Gas und Wärme auch für den Leistungsbezug vor Inkrafttreten der Mehrwertsteuererhöhung am 1. Januar 2007 den neuen Steuersatz von 19 Prozent bezahlen, wenn nicht stichtagsgenau bis zum 31.12.2006 der Verbrauch abgelesen wird.

Die Kunden der Stadtwerke Eberswalde sind nach Aussage des Stadtwerke-Prokuristen Reinhard Splinter davon nicht betroffen. Die Abrechnung der Stadtwerke erfolge im rollierenden Verfahren. Danach werden die Verbräuche zum Stichtag 31.12.2006 hochgerechnet, so daß eine stichtagsgenaue Abrechnung zum 31.12.2006 erfolgt. Wie Reinhard Splinter mitteilte, können die Kunden die genauen Zählerstände auch selbst ablesen und den Stadtwerken übermitteln. Neben der persönlichen oder telefonischen Übermittlung der Daten, können die Zählerstände auch in ein Formular auf der Internetseite der Stadtwerke eingetragen werden (<http://www.stadtwerke-eberswalde.de/service/zaehlerstaende.php>).

Der Geist des Mittelalters

Die politischen Verhältnisse in unserer Stadt haben sich in den vergangenen Monaten verschoben. Neben den etablierten und oft langweiligen Parteien gibt es nun ein demokratisches Bürgerbündnis. Das Bündnis war angetreten für mehr Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger, für den Erhalt der Oberschule »Albert-Einstein«, für die konsequente Aufdeckung des Spendenskandals. Klarheit wollen wir über das Treiben im Wasser- und Abwasserzweckverband und die Versprechungen zum Flughafen sollten endlich der Wahrheit weichen. Dafür ist das Bündnis mit über 18 % gewählt worden.

Wir sind als Bündnis auf die beiden Kandidaten, Herrn Bockhard und Herrn Boginski zugegangen. Wir waren doch tatsächlich der Meinung, daß man mit diesem Wahlergebnis gehört wird. Es begegnete uns Ignoranz!

Genau das hatten wir doch schon vorher erlebt, Ignoranz. Und – als hätte es keine Wahl gegeben – hält diese Ignoranz an. Darum haben wir zur heutigen Kundgebung aufgerufen. Wir wollen und dürfen nicht nachlassen, unsere Forderungen zur Entwicklung unserer Stadt einzubringen. Wir wollen und dürfen die Geschicke der Stadt nicht nur den Abgeordneten überlassen.

Wer im Mittelalter Bürger der Stadt Eberswalde werden wollte, der mußte hier um Aufnahme bitten. Nicht jeder konnte Bürger von Eberswalde werden. Es hieß damals, daß es eine Auszeichnung wäre »auf- und angenommen« zu werden. Gehörte man zu den Auserwählten durchlief man folgende Prozedur: Zuerst läutete die Bürgerglocke. Und der Bewerber mußte einen Eid sprechen. Dieser Bürgereid beinhaltete die Worte: »jederzeit getreu und gehorsam zu sein, auch alle und jede bürgerliche Unpflicht gern und willig abzutragen«. Dabei kniete man vor einem Kreuzifix, also einem Kreuz mit der Darstellung von Jesus Christus und man versprach den Gehorsam dem Bürgermeister in die Hand.

[‘solid] in Bernau wiedergegründet!

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an sie zu verändern« (Karl Marx). [‘solid] bedeutet »sozialistisch - links – demokratisch«. Wir sind der sozialistische Jugendverband, welcher der Linkspartei.PDS nahe steht. Wir, die sozialistische Jugend Bernau, gründeten uns am 9. Oktober 2006, dem 39. Todestag Ché Guevaras, im Gedenken an einen der bedeutendsten Revolutionäre des 20. Jahrhunderts. Ché Guevara widmete sein Leben dem Kampf gegen Tyrannei, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit.

Unsere Ziele sind es, sozialistische Alternativen aufzuzeigen und zusammen mit anderen Bündnispartnern ein Netzwerk mit klar antifaschistischen, emanzipatorischen und kapitalismuskritischen Grundzügen aufzubauen.

Schon damals wurde dieses Aufnahmeverfahren mit dem Eid des Gehorsams scharf kritisiert. Denn andere Städte hatten das längst abgeschafft. Nur in Eberswalde hielt man an diesem Brauch fest. Rudolf Schmidt, unser Heimatkundeschreiber mit brauner Vergangenheit, schreibt dann zwar, daß dieser Brauch auch in Eberswalde abgeschafft wurde. Das ist wohl richtig. Aber der preußische Geist, als Bürger gehorsam gegenüber der Obrigkeit zu sein, dieser Geist ist aus Eberswalde noch immer nicht verschwunden.

Das merken wir im Brandenburgischen Viertel am Umgang mit zur Schließung der Albert-Einstein-Schule. »Seit doch endlich einmal gehorsam! Erkennt doch einmal die Realitäten an!« Und dann werde auch ich beschimpft als der Spinner aus dem Stadtteil. Ein Lieblingssatz unseres neuen Bürgermeisters heißt sinngemäß: »Die Stadtverordneten haben jetzt zweimal über das Schulthema beraten, jetzt geben Sie endlich Ruhe!« Mit der Müllverbrennungsanlage ist das doch nicht anders gelaufen. Man hat uns Bürgerinnen und Bürger nicht einmal informiert. Das ist der Geist des Mittelalters, der wie ein Gespenst über unserer Stadt schwebt.

Das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« wird dazu beitragen, daß ein neuer Geist in unsere Stadt einzieht. Der Geist der Wahrheit, des Miteinanders und des aufeinander Hören. Denn Menschen sind nicht gleich besser oder schleuer, nur weil sie einer Partei angehören. Und Menschen sind nicht gleich häßlicher oder dümmer, weil sie im Brandenburgischen Viertel wohnen oder von den Parteien die Schnauze voll haben.

Darum hören sie auf die Beiträge der heutigen Kundgebung, weil hier Menschen sprechen werden, die einem neuen Geist folgen. Und achten sie in der folgenden Stadtverordnetenversammlung darauf, wie weit wir vom Mittelalter entfernt sind.

HARTWIN SCHULZ, Rede auf der Kundgebung vor der StVV am 30.11.2006

Unsere Aktionen berufen sich auf demokratische und menschenrechtliche Grundsätze. Wir wollen Bernau und Umgebung nicht den Neonazis überlassen und sind nicht bereit länger hinzunehmen, daß MigrantInnen, sozial benachteiligte Menschen und alternative Jugendliche und Erwachsene ausgeschlossen und diskriminiert werden. Wir setzen uns für eine Zukunft ein, in der alle Menschen gleichberechtigt leben und sich frei nach ihren Vorstellungen ohne materielle Zwänge entfalten können. Bei [‘solid] aktiv werden heißt, die gesellschaftlichen Verhältnisse weder hinzunehmen, noch einfach nur zu kritisieren. Wir analysieren gesellschaftliche Probleme und versuchen, gerechte Lösungen einzubringen.

Gründungserklärung von [‘solid] Bernau

»Wer nicht kämpft, hat schon verloren!«

Wir wollen und müssen das Stadtparlament von Eberswalde dazu bewegen, eine gründliche und kritische Einstellung zum Vorhaben der Theo Steil GmbH: »Bau einer energetischen Verwertungsanlage« (EVA) einzunehmen. Die im März, also vor über acht Monaten eingereichten Unterlagen gehen noch von einer Kapazität der Anlage von 80.000 t pro Jahr aus, »die in der Firmengruppe der Theo Steil GmbH anfallen«. Das heißt doch nichts anderes, daß aus der gesamten Bundesrepublik der Abfall per LKW, in der Zeit von werktags 6 bis 22 Uhr hier nach Eberswalde angekarrt wird. Der Input, so heißt das zu verbrennende Gut, besteht aus Abfällen unterschiedlichster Herkunft, wie Kunststoffabfällen, Holz und holzartigen Abfällen, die gefährliche Stoffe enthalten, gefährliche Verpackungsabfälle, sonstige Abfälle aus der mechanischen Aufbereitung, die gefährliche Stoffe enthalten.

Das ist keine Erfindung der aufgebrachtten Bürger, sondern alles säuberlich in den Unterlagen aufgelistet. Damit wird klar, daß hier in unserer noch schönen Kreisstadt nicht eine EVA, sondern eine Sondermüllverbrennungsanlage mit einem vorgelagerten Abfallwirtschaftszentrum mit einer Gewerbeabfallaufbereitung, von der momentan noch gar keiner spricht, errichtet werden soll. Es bleibt zu vermuten, daß diese Betriebseinheit im nachhinein über das Anzeigeverfahren bzw. das Baurecht realisiert werden soll, auf jeden Fall ist diese vorgesehen.

Überhaupt enthalten die Unterlagen vom März, die Grundlage des Scoping-termins am 1. Juni waren, eine ganze Reihe von Oberflächlichkeiten, Halbwahrheiten und falschen Darstellungen. So wird der Untersuchungsraum im Zuge der UVP zwar mit 2,5 km Umkreis um den Schornstein verbal angegeben wird, dargestellt werden aber auf S. 32 nur 1,9 km. Damit wird den Lesern suggeriert, daß eben nicht ganz Lichterfelde, Teile der Clara-Zetkin-Siedlung, nicht die Grundwasserfassungen des ZWA in Finow, nicht die sogenannte Fliegiersiedlung mit ihren schicken Einfamilienhäusern, nicht ganz Finow, nicht das gesamte Brandenburgische Viertel, Teile Westends, das gesamte Westendstadion, usw. betroffen sind. Dabei möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß es noch gar nicht plausibel ist, warum das Untersuchungsgebiet am Rand des Biosphärenreservats und westlich von Eberswalde, Leibnizviertel, ja sogar Britz mit der Lebensmittelindustrie bei der vorherrschenden Windrichtung nicht größer zu bemessen ist. Bei Lebensmittelindustrie fällt mir auch die Eberswalder Brot-u. Feinbackwaren-GmbH, landläufig Märkisch Edel genannt, ein, die nur 200m vom Standort entfernt ist und schon jetzt unter den Belastungen der Fa. Steil leidet.

Im Laufe der Anwesenheit der Firma Steil sind die Belastungen durch Lärm und Staub

permanent angewachsen. Aus einer Schrottfirma mit Betriebszeiten werktags von 7 - 19 Uhr, ist ein Abfallunternehmen mit 7 Betriebseinheiten und Produktionszeiten von 6 - 22 Uhr geworden. Und diese Zeiten, so unsere Aufzeichnungen, werden nicht einmal eingehalten! Daran ändert auch die Lesart nichts, bei der Nacharbeit mit erheblichen Lärm habe es sich um »um Reparatschichten« gehandelt.



Eberhard Thiele

Ein einziges Mal leisten die Steil-Manager den zahlreichen Einladungen zu div. Veranstaltungen Folge, am 16. November. Und gleich wird die Katze aus dem Sack gelassen. Die Sondermüllverbrennung bekommt eine Kapazitätserhöhung von 80.000 t auf 90.000 t/Jahr. Und – man höre und staune – es gibt auch Aussagen zur Herkunft des Inputs: Nur 34.000 t (38 %) kommen aus der Filiale Ebw., der größere Teil kommt vom Stammsitz der Firma im 800 km entfernten Trier mit nahezu 38.000 t und weitere 18.200 t aus fremden Quellen, was auch immer das heißt.

Fragen, warum nicht am Hauptanfallort, in Trier solch ein Vorhaben realisiert wird, werden derart beantwortet, daß dort kein Platz sei. Eine einfache Recherche im Internet, u.a. kann man die Luftaufnahme des dortigen Firmengeländes am Ostkai in Trier einsehen, macht klar, das dies nicht der Fall ist. Aber: in Trier gibt es seit dem April 2006 vom LUA Rheinland-Pfalz eine Reihe von Auflagen, auch im Internet nachzulesen, die der schon erhöhten partiellen Belastung des Bodens mit den Schwermetallen Cadmium und Blei entgegenwirken sollen. Ich vergaß zu erwähnen, daß in Trier nahezu das gleiche Produktionsprofil vorhanden ist. Aber dort nehmen die Stadtverordneten und die Verwaltung eine kritische Stellung zu den Umweltlasten ein! Nicht unerwähnt darf ich hier lassen, daß die Fa. Steil mit der Müllverbrennung zwar ihren Energiebedarf kostengünstig decken will, daß aber damit fast 34.000 t Rückstände im Jahr anfallen, davon mindestens 10 % richtiger Sondermüll. Sollen diese schwer beherrschbaren Stoffe aus der ganzen BRD und ggf. auch aus dem Ausland auch hier im Barnim verbleiben? Das sollten unsere Abgeordneten hinterfragen.

Und nun zum Staub, insbesondere dem Feinstaub. Von der Firma Steil ist eine 2-stufige Abgasreinigung vorgesehen, in westlichen Bundesländern gibt es schon 8-stufige Reinigungsanlagen, die allerdings etwas mehr kosten dürften. Das will die Firma Steil hier in Eberswalde einsparen, obwohl sie hier, im Osten der

BRD für die komplette Investition 15 % Fördermittel bekommt, das sind bei der angegebenen Investsumme immerhin 5,25 Millionen Euro! Fakt ist, Feinstaub unter 2,5 Mikrometer kann nicht abgefiltert werden, auch beim besten Reinigungsverfahren! Und gerade diese Größenordnung stellt für die Atemwege eine besondere Gefahr dar. Was heißt eigentlich, daß in den Rauchgasen, und jetzt wörtlich, »die Bildung von Dioxinen und Furanen minimiert wird«? Für DIOXIN, als Sovesogift mehr bekannt, ist in Deutschland eine (!) Messung pro Jahr, und das noch durch den Anlagenbetreiber selbst, vorgeschrieben. In unseren Nachbarländern wie Belgien und Niederlande sind kontinuierliche Messungen gesetzlich festgelegt. Dabei ergeben sich Unterschiede mit dem Faktor 30-50! Zum anderen gibt es für einzelne Stoffe in Deutschland überhaupt keine Grenzwerte. Eine Fülle von Giftstoffen, Dioxine und Furane, PCB, Chlorbenzole oder polyaromatische Kohlenwasserstoffe entstehen überhaupt erst mit der Abfallverbrennung.

Ist das von den beurteilenden Verwaltungsmitarbeitern in der Prüfungsphase nicht beachtet worden? Auf jeden Fall findet man davon nichts in den entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltungen von Eberswalde von Ende April bzw. vom Kreis von Mitte Mai. Beide Verwaltungen wußten schon zum damaligen Zeitpunkt gewußt, daß ihre Anwesenheit zum Scopingtermin am 1. Juni entbehrlich sei.

Wir fordern heute und hier von den Stadtverordneten, aber ebenso von der Verwaltung: Beziehen Sie Stellung zur Sondermüllverbrennungsanlage, es betrifft Sie selbst, Ihre Kinder und Enkel, alle!

Üben Sie bitte Verantwortung für die Wohn- und Lebensqualität sowie die Gesundheit Ihrer Mitmenschen. Unsere Waldstadt Eberswalde als Gesundheitszentrum darf nicht dem Profit der Fa. Steil geopfert werden. Außerdem ist es nicht einzusehen, daß jeder Immobilienbesitzer in Eberswalde, Finowfurt, Lichterfelde und Umgebung auf 20-30 % seines Immobilienwerts, um diesen Betrag sinkt der Wert in der Nähe von Müllverbrennungsanlagen, zugunsten der Fa. Steil verzichtet. Und das trifft alle, auch die ansässigen Unternehmen!

In diesem Zusammenhang möchte ich von hier aus dem neuen Bürgermeister, Herrn Boginski, für seine kritischen Meinungsäußerung zum Vorhaben im rbb-Fernsehen vom vorigen Donnerstag danken. Zeigt uns diese Haltung doch, daß Eberswalde richtig gewählt hat.

Ich darf Sie, liebe Anwesende, davon informieren, daß zum heutigen Tage nahezu 6.000 Unterschriften – Sie haben richtig gehört: 6000 Unterschriften – gegen die Errichtung der Müllverbrennungsanlage eingegangen sind. Und stündlich werden es mehr!

EBERHARD THIELE, BI für eine gesunde Umwelt Schorfheide am 30. November 2006

Herr K aus der Schorfheide

Herr K aus der Schorfheide hat am 19.03.2006 an den Petitionsausschuß des Landtages Brandenburg einen Brief geschrieben, Zweifel an der Richtigkeit von Aussagen dieses Ausschusses an anderer Stelle zum Thema geäußert und Kritik an »Regelungen zur Abwasserbeseitigung« geübt. Am 21.09.2006, also nach etwas mehr als sechs Monaten, hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Thomas Domres, nun (zeitnah wie es sich gehört) geantwortet, daß er an seinen Aussagen festhält und daß er versuchen will, Herrn K. die »Regelungen und Hintergründe zur Abwasserbeseitigung im Land Brandenburg nachvollziehbar zu erläutern und darzulegen«. Ob dieser Versuch geglückt ist, mag Herr K. selbst entscheiden. Ich habe die Antwort gelesen und stelle dazu fest:

Die Antwort ist eine Sammlung von Gesetzeszitierten und Behauptungen, die angeblich gesetzlich begründet sind. Es fällt auf, daß die Position des Petitionsausschusses um kein Jota von der Position der Landesregierung abweicht. Einige Textbausteine sind aus Schriftsätzen des MLUV, Abt. Wasserwirtschaft, bekannt und wurden offenbar von dort übernommen oder zugearbeitet. Es ist beim besten Willen nicht erkennbar, daß sich der Petitionsausschuß selbst mit der Problematik auseinandergesetzt hat. Das wird besonders aus der kritiklosen Übernahme der Fehlinterpretation des § 15 GO deutlich, wie sie seit Jahren von Aufgabenträgern, Kreisverwaltungen und vom MLUV verbreitet wird. Danach ist angeblich die Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang eine Kannbestimmung. Richtig ist jedoch, daß der Anschluß- und Benutzungszwang selbst eine Kannbestimmung ist – jedenfalls steht es so in § 15 GO.

Die Tatsache, daß Gerichte mehrfach geurteilt haben, daß der Anschluß- und Benutzungszwang durchzusetzen ist – überwiegend aus Gründen des Umweltschutzes – hat nichts mit Rechtsprechung sondern mehr mit Urteilspraxis auf der Grundlage mangelnder naturwissenschaftlicher Kenntnisse der Richter zu tun. Die Mehrfachnutzung von Wasser auf einem Grundstück beeinträchtigt nicht die Volksgesundheit und ist aus Gründen des Ordnungsrechts nicht zu beanstanden. Sie ist aus Gründen des Abfallrechts sogar geboten. Sie verstößt nicht gegen Umweltschutzbestimmungen, auch nicht gegen den Gewässerschutz, was allein die Verordnung eines Anschluß- und Benutzungszwanges rechtfertigen würde.

Andererseits sind ein Abwasserkanal und ein Klärwerk keine Einrichtungen, die der Volksgesundheit dienen – im Gegenteil! Aus undichten, nicht dicht zu haltenden Kanälen versickern 20 % und mehr der eingebrachten Abwässer unbehandelt und unkontrolliert in den Untergrund und verunreinigen das Grundwasser flächendeckend, so wie die Kanäle die Fläche decken. Beweise liegen vor, werden aber unterdrückt.

(Fortsetzung folgt)

JOHANNES MADEJA

»Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«

Kongreß war ein riesiger Erfolg

Mit 1400 registrierten TeilnehmerInnen sind mehr als doppelt so viele Menschen zum Kongreß »Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« gekommen als erwartet. »Der Kongreß war ein riesiger Erfolg«, sagte Dagmar Embshoff von der Bewegungsakademie, einem der Träger des Kongresses. »Eine neue Generation von jungen Menschen hat die Projekte und Ansätze Solidarischer Ökonomie für sich entdeckt.« Damit entstand eine Brücke zu schon lange bestehende Projekte der älteren Generation. Neben verschiedenen Sektoren der Solidarischen Ökonomie waren viele Aktive aus sozialen Bewegungen vertreten, darunter viele internationale Gäste.

Solidarische Ökonomie ist mehr als ein Kind der Not, das wurde beim Kongreß in über 100 Veranstaltungen deutlich. Vielmehr eröffnen Projekte Solidarischer Ökonomie den beteiligten Menschen neue Handlungsspielräume, erfinden eine neue Form der Wirtschaft und fordern ihre sozialen Rechte ein. Die politischen Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftssektor sind in der BRD im internationalen Vergleich denkbar schlecht. Anders als in Ländern wie Frankreich, Italien, Brasilien und Venezuela fehle eine aktive politische Unterstützung,

kritisierten die ReferentInnen bei verschiedenen Veranstaltungen. Genossenschaften werden im Vergleich zu anderen Rechtsformen sogar benachteiligt. Unterstützung für Betriebsübernahmen durch die Belegschaft gibt es weder von der Politik noch von den Gewerkschaften.

Initiiert durch diesen Kongreß wird es ein erweitertes Bildungsangebot für Solidarische Ökonomie geben, hoffen die VeranstalterInnen. Auf dem Kongreß haben sich Lehrende mehrerer Universitäten zusammengeschlossen, um entsprechende Angebote auf den Weg zu bringen. Der Trägerkreis des Kongresses will seine Arbeit fortsetzen, die Diskussion zu Solidarischer Ökonomie verstetigen und in etwa zwei Jahren erneut eine Großveranstaltung organisieren. Der Kongreß soll angesichts des großen Interesses zu einer Institution werden.

In den nächsten Monaten wird eine Kongreßdokumentation erscheinen. Eine Vortrags-tournee soll stattfinden und die Botschaft des Kongresses in die Regionen tragen. Die Internetseite www.solidarische-oekonomie.de wird zur Kommunikationsplattform ausgebaut und die dazugehörige E-Mailingliste weiterlaufen.

Attac und Kongreßträgerkreis
»Solidarische Ökonomie«

Sozialticket für Brandenburg

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern.

Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II in Höhe von 345 Euro monatlich enthält eine Pauschale von 19 Euro für die Nutzung von Verkehrsmitteln. Das reicht bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind aber günstige Mobilitätsbedingungen zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben für viele Menschen lebensnotwendig. Deshalb fordern ver.di Berlin-Brandenburg und die Linkspartei.PDS-Fraktion von der Landesregierung die Einführung eines Sozialtickets.

Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen sowie deren Bedarfsgemeinschaften und Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Susanne Stumpfenhusen, ver.di Landesbezirksleiterin: »Wir fordern die Einführung eines Sozialtickets für Brandenburg, weil von den Erwerbslosen Mobilität gefordert wird. Insbesondere für die Suche nach Arbeit muß ihnen daher die Möglichkeit offen stehen, öffentliche Verkehrsmittel zu angemessenen Preisen benutzen zu können. Erwerbslose haben zudem weite Wege zu Behörden zurückzulegen. Leere Kassen dürfen nicht das al-

leinige Argument sein, wenn es um die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe von Menschen geht, die zum größten Teil unverschuldet ihre Arbeit verloren haben. Brandenburg verfügt zwar über ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, dieses kann aber von immer weniger Erwerbslosen und Geringverdienern genutzt werden...«

Da die Landkreise und kreisfreien Städte aufgrund ihrer unzureichenden finanziellen Ausstattung nicht in der Lage sind, den Kostenausgleich für ein Sozialticket vorzunehmen, halten wir die Finanzierung von ca. 5,1 Mio. Euro vom Land für erforderlich. Dafür können Regionalisierungsmittel im Rahmen der jährlich entstehenden Ausgabereise eingesetzt werden. Die Linkspartei.PDS-Fraktion fordert deshalb, das Sozialticket durch Einsparungen im Haushalt des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung zu finanzieren. Der entsprechende Antrag dafür wurde im Ausschuß für Infrastruktur und Raumordnung gestellt, von den Kollegen der Koalition aber leider abgelehnt. Sollten die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU unseren Vorschlag zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg in der Haushaltsbeschlußfassung im Dezember wieder ablehnen, streben wir für 2007 eine landesweite Volksinitiative zur Einführung eines Brandenburger Sozialtickets an.

ANITA TACK, verkehrspolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS-Fraktion im Landtag Brdnbg.

Allee Rüdnitz-Danewitz

Opfer privatwirtschaftlicher Interessen?

Am 23. November luden Landrat Ihrke, der Leiter des Strukturentwicklungsamtes Dr. Benfer und Bauordnungsamtsleiter Jankowiak zu einer Anhörung bezüglich des geplanten Ausbaus der Kreisstraße 6005 ein. Auf dieser Veranstaltung sollten noch einmal alle Argumente der Alleebefürworter als auch der Bürgerinitiative »Kreisstraße K 6005«, die im Zuge der Straßenerneuerung für eine Komplettfällung des Alleebestandes votiert, gehört werden.

Für mich war diese Anhörung eine Alibi-Veranstaltung ohne jegliche Rechtsrelevanz. So erfuhr ich im Nachgang, daß die Entscheidung für die Fällung der mehr als 700 Bäume für Teile der Kreisverwaltung im Vorfeld schon fest stand. Der Scheindemokratie wurde Genüge getan, indem alle Meinungen gehört wurden. So kann man sich als »gute Demokraten« im Nachhinein eben nichts vorwerfen lassen ...

Obwohl die Alleebefürworter gute Argumente hatten, konnten sie den Landkreis Barnim also von der alternativen Straßenplanung des renommierten Verkehrsplaners Dr. Hunger leider nicht überzeugen. Dieses von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Gutachten zeigt mehrere Ausbauvarianten auf, die aus verkehrsplanerischer Sicht völlig ausreichend und finanziell günstiger wären und alle Alleebäume erhalten würden. Gestützt wird eine solche Alternativplanung durch das für den BUND angefertigte neue Baumgutachten von Manfred Frommer. Es bescheinigt der Allee eine ausreichende Vitalität und stuft sie als erhaltenswert ein. Wohlbemerkt: Frommer hat als Vorsitzender des Gehölsachverständigenverbandes Brandenburg-Berlin in der Region

den Ruf eines »Baum-Papstes«. Wenigstens wurde damit die Richtigkeit des von mir stets angezweifelten Gutachtens des Prof. Rudolph aus Panketal nun endlich in Frage gestellt.

Aber warum kann sich der Landkreis für unser alternatives, vernünftiges Straßenbaukonzept nicht erwärmen? Die Frage ist falsch gestellt. Sie müßte vielmehr lauten: Wer profitiert davon, wenn die Straße überdimensional ausgebaut wird und im Zuge der Fahrbahnverbreiterung ein wertvoller Alleebestand mit über 700 Bäumen zum Opfer fällt?

Wahrscheinlich geht es um lukrative Aufträge der Privatwirtschaft. Bei 2,5 Mio. Euro EU-Fördermittel ist viel Geld im Spiel und zu verteilen. Verblüfft lese ich, daß die Finower Planungsgesellschaft in den Jahren 1999-2000 vom Landkreis schon einmal einen Auftrag für die K 6005 bekommen hat. Zudem ist es nahe liegend, daß die Barnimer Baumschulen Biesenthal der Hoffnungstaler Werkstätten gGmbH den Großauftrag für die Neupflanzung erhalten könnten. Welche Firma wird mit der Rodung der Allee betraut und an wen wird das Holz verkauft? Soll es an das Holzkraftwerk Eberswalde geliefert werden, das zur Zeit einen nahezu unersättlichen Bedarf hat? Würden Aufträge schon »am Biertisch« vergeben? Verdienen wieder einmal »alle« daran, auf Kosten des Steuerzahlers, der Natur und vor allem der Vernunft? Ist die vom Landkreis vorgesehene Verwendung der Interreg III-Fördermittel überhaupt zulässig, obwohl damit Naturschutzgesetze gebrochen werden? Auf diese Fragen müssen wir Antworten finden und unabhängig davon, ob wir die Allee retten können oder

nicht, lückenlos an der Aufklärung der Angelegenheit arbeiten! Denn hier ist wohl einiges oberfaul! Tatsache ist: Die Fällung dieser intakten Allee würde einen erheblicher Eingriff in den Landschaftshaushalt bedeuten und wäre ein Verstoß gegen § 31 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes. Ausnahmen von diesem Paragraphen gibt es nicht, weil kein übergeordnetes Interesse im Sinne des Gemeinwohles besteht. Schließlich gibt es ja Ausbaualternativen, die eine Erneuerung der Fahrbahnoberfläche bei gleichzeitigem Erhalt der Allee vorsehen. Dies hatte das Landesumweltamt richtig erkannt. Und dies werden hoffentlich auch die Gerichte so sehen, wenn die Grüne Liga im Falle einer von der Unteren Naturschutzbehörde erteilten Fällgenehmigung dann den Rechtsweg beschreiten wird. Hierzu werden aber weitere Spenden dringend benötigt.

Hinzu kommt, daß jetzt Zweifel bestehen, ob die Bürgerinitiative »Kreisstraße K 6005« aus Rüdnitz ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt oder eine starke betriebswirtschaftliche Komponente mit im Spiel ist. So fällt auf, daß die beiden führenden Köpfe der Bürgerinitiative im Verein Hoffnungstal e.V. der Bodelschwinghschen Anstalten Lobetal tätig sind. Holger Mag ist hier der Leiter des Dankortes/Spendenverwaltung und zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit. Und die Sprecherin der BI, Sylvia Vogelgesang, arbeitet dort als Sekretärin in der Personalabteilung. Hier schließt sich der Kreis.

Die Angelegenheit »Allee Rüdnitz-Danewitz« wird uns also weiterhin beschäftigen.

Dr. ANDREAS STEINER

Fehlertvertuschung statt Problemlösung

Seit 10 Jahren laufen Bürger Sturm gegen die verfehlt Wasser- und Abwasserpolitik des Landes Brandenburg, wie auch anderswo. Aber in solch erzwungener Deutlichkeit hat es noch kein Minister oder Politiker gewagt zu sagen, daß es wichtiger ist, die Fehler der jetzt Regierenden in Brandenburg mit horrenden finanziellen Aufwendungen zu vertuschen (nicht zu korrigieren, wie W. Neißer schreibt), statt den Empfehlungen von Experten und Fachkreisen aus aller Welt zum Abgehen von überdimensionierten zentralen Abwasserreinigungsanlagen zu folgen. Das Gesicht der hohen Politik darf nicht verschandelt werden, auch wenn es um den Preis jeglicher Vernunft geschieht. Der ohnehin durch mannigfaltige politische Manipulationen in seinem Einkommen gebeutelte Bürger hat zu zahlen und die Umwelt spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Prestige und Ökonomie gehen vor echter Demokratie und Ökologie.

Was nützen all die schönen Reden angesichts der eben zu Ende gegangenen Umweltkonferenz in Nairobi, wenn keine Taten folgen. Es sind nicht allein die Schäden in Flüssen und Meeren durch die mit Nährstoffen aus den zentralen Kläranlagen überladenen Abwässer, die zur Zurückhaltung mahnen, es ist auch der in allen Lagen der von Trockenheit geplagten »Streuandbüchse« Brandenburgs herrschende Wassermangel, der viele Eigenheimer bewegt, ihr einmal gekauftes Wasser wo nötig selber aufzubereiten und zur Pflege der Kulturen zu behalten. Da kommt dann noch das von den kritisierten Wasserbetrieben und Behörden viel strapazierte »Solidarprinzip« zum Erhalt »günstiger« Gebühren und Beiträge. Wie soll denn ein Mensch, der genötigt wird für etwas zu bezahlen, was er gar nicht erhalten hat, solidarisch mit einem Gesetzgeber und Vollstrecker sein, der statt Vernunft walten zu lassen, nur nach dem Geld schielt.

Das Ganze geht einher mit anderen ökologisch unverträglichen von Behörden und Regierung geförderten Maßnahmen, wie: das Fällen geschützter Alleen an untergeordneten Straßen, der Bau von Verbrennungsanlagen für hochgradig schadstoffbelastete Abfälle in unmittelbarer Nähe von Siedlungsgebieten und dem Biosphärenreservat Schorfheide, das Zuschütten von einzigartigen Biotopen für Biber, Eisvogel, Fischreier usw. zum Zwecke überflüssigen, von den Bewohnern ungewollten, Straßenbaus und vieles andere mehr.

Herr Platzek, besinnen Sie sich auf die Anfangsjahre Ihres Emporstrebens und konsultieren Sie öfter Prof. Dr. Succow!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Bisher nicht veröffentlichter Leserbrief an die Tageszeitung »Neues Deutschland« zum Artikel »Anschlußzwang für Abwasser bleibt« im ND v.20.11.2006 S.18

Seit mehreren Monaten arbeitet die Stadtverwaltung Eberswalde unter dem Titel »Eberswalde 2020« an der Fortschreibung des 1997 beschlossenen Leitbilds für die Entwicklung der Stadt Eberswalde. Ziel der Arbeit ist es, den Stadtverordneten im Frühjahr 2007 ein neues Leitbild zur Beschlussfassung vorzulegen, das die zentralen Handlungsfelder und Ziele städtischer Entwicklung für die kommenden Jahre festlegt. Ein erster Entwurf des neuen Leitbilds wurde der Öffentlichkeit am 30.08.2006 zur Diskussion vorgelegt. Im Rahmen von Arbeitskonferenzen soll dieser Entwurf nun weiterentwickelt werden.

Um den Prozeß der Leitbildentwicklung aktiv zu begleiten und dabei auch eigene Vorschläge zu Zielen und Strategien der weiteren Entwicklung Eberswaldes zu formulieren, hat der Stadtverband Eberswalde der Linkspartei.PDS im Sommer 2006 die Bildung eines Arbeitskreises Leitbild beschlossen. Ausgehend von einer ersten Analyse des Diskussionsstands (vgl. BBP 10/2006, »Stadt am Scheideweg«) hat der Arbeitskreis inzwischen erste Vorschläge erarbeitet, die im folgenden zur Diskussion gestellt werden. Im Schwerpunkt beziehen sich die Vorschläge dabei zunächst auf grundsätzliche Aspekte, zum einen einer Klärung der Funktion des Leitbilds für die weitere Stadtentwicklung, zum anderen die Frage nach der inhaltlich optimalen Leitbildstruktur.

1. Welche Funktion soll das neue Leitbild für die weitere Entwicklung Eberswaldes erfüllen ?

Nach Auffassung des AK Leitbild sollte das neue Leitbild durchaus anspruchsvolle Erwartungen erfüllen, insbesondere hinsichtlich seiner Funktion für die weitere Entwicklung der Stadt. Wir schlagen im Interesse einer qualitätsorientierten Stadtentwicklung drei Kriterien vor, an denen sich die Ergebnisse der Eberswalder Diskussion messen lassen sollten:

a) Das Leitbild muß ein effizientes Steuerungsinstrument für Politik und Verwaltung sein. Es bildet mit den in ihm formulierten Entwicklungszielen und prioritären Handlungsfeldern die Basis für die weitere Strategie- und Vorhabenentwicklung. Es bildet zugleich die

Was das neue Leitbild der Stadt Eberswalde leisten muß:

Steuern, werben, aktivieren

von Dieter Müller

Grundlage für die Formulierung von Kriterien zur Beurteilung der Wirkung und Wirksamkeit von Handlungsstrategien und Maßnahmen.

b) Das Leitbild muß in seiner Außenwirkung ein Marketinginstrument sein. Es dient dabei zum einen der Verbesserung der Chancen bei der Einwerbung von öffentlichen und privaten Fördermitteln. Es dient aber auch der Verbesserung der Chancen bei der Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen und Wohnbevölkerung. Es stärkt somit die Position der Stadt Eberswalde im interkommunalen Wettbewerb.

c) Das Leitbild muß in seiner Binnenwirkung ein Instrument zur Aktivierung ungenutzter Potentiale sein. Es formuliert eine positive Entwicklungsperspektive. Es zeigt die in der Stadt vorhandenen Entwicklungspotentiale auf. Es bindet die für die Entwicklung der Stadt wesentlichen Akteure (aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Bürgergesellschaft) in die Gesamtverantwortung für die Ergebnisse zukünftiger Entwicklungen mit ein.

2. Wie muß das neue Leitbild inhaltlich strukturiert sein, damit die geforderten Funktionen optimal in effiziente Planungs- und Handlungsstrategien übersetzt werden können?

Zur Beantwortung dieser Frage wurde, ausgehend von entscheidungstheoretischen Überlegungen, im AK Leitbild die These formuliert, daß die Effekte von Entscheidungen und Maßnahmen auf jeder Planungsebene (also auch der kommunalen) grundsätzlich in einem dreidimensionalen »Koordinaten«-System abgebildet werden können, das ökonomische, raumordnerische und soziokulturelle Entscheidungsfolgen umfaßt.

Für die Gestaltung einer Leitbildstruktur, die o.g. Funktionen optimal erfüllt, wurde aus dieser These der Vorschlag abgeleitet, das für die inhaltliche Beschreibung der Leitbildbereiche von der Stadtverwaltung favorisierte »Vier-Fel-

der-Modell« durch ein »Drei-Felder-Modell« zu ersetzen, das sich folgendermaßen darstellt:

Leitbildbereich 1: Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Tourismus

Leitbildbereich 2: Stadt-Umland, Stadtstruktur, Wohnen und Umwelt

Leitbildbereich 3: Stadtkultur: Miteinander leben, Identifikation und Lebensqualität

Der im Entwurf der Stadtverwaltung enthaltene Leitbildbereich »Tourismus-(Bau-)Kultur-Natur und Umwelt« wird im Vorschlag des AK Leitbild aufgelöst, wobei die Teilbereiche entsprechend ihrer hauptsächlichen Wirkungsrichtung den verbleibenden Leitbildbereichen zugeordnet werden.

Der Befürchtung, daß den Bereichen Tourismus, Umwelt und Kultur bei Anwendung des »Drei-Felder-Modells« nur eine nachgeordnete Bedeutung für die weitere Entwicklung Eberswaldes zugeschrieben werden könnte (und damit wertvolle Potentiale unzureichend nutzbar gemacht werden), begegnen wir dabei mit dem Argument, daß die Entwicklungsziele, die für diese Bereiche formuliert worden sind, über eine »schlankere« Leitbildstruktur erheblich besser in Handlungsstrategien übersetzt und in bereichsübergreifende Entwicklungsprozesse integriert werden können.

Wie geht es weiter ?

Aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen wird der AK Leitbild in den nächsten Wochen Vorschläge sowohl für bereichsübergreifende wie auch für bereichsbezogene Entwicklungsziele formulieren und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorzulegen. Natürlich hoffen wir dabei auch weiterhin auf aktive Unterstützung durch möglichst viele GenossInnen und SympathisantInnen. Für die bisher erhaltene Hilfe und Beratung möchten wir uns auf diesem Weg bei allen, die es betrifft, herzlich bedanken.

Wertkritisches Angebot: »Streifzüge« zu Schleuderpreisen

Wir wollen unsere Lager dezimieren und veräußern daher bis Ende des Jahres unsere Produkte zu Schleuderpreisen. Für die Streifzüge gelten folgende Angebote, Inhaltsverzeichnisse und Artikel auch unter www.streifzuege.org: Einzeljahrgänge 2002-2006 um 9 Euro (3 Euro das Stück). Drei Jahrgänge aus 2002-2006 um 20 Euro (2,22 Euro das Stück). Gesamtpaket der Jahrgänge 2002-2006 um sagenhafte 30 Euro (2 Euro das Stück). Kennenlernpaket 5 ausgewählte Stück aus den Jahrgängen 2002-2006 um 12 Euro (2,40 Euro pro Stück) selbst auswählen oder uns auswählen lassen. Ähnliches gilt auch für alte Nummern der krisis. Zur Auswahl stehen die Ausgaben 10, 11, 23, 24, 25, 26 und 27. Inhaltsverzeichnisse und Leseproben siehe unter www.krisis.org: 3 Stück um 10 Euro, 5 Stück um 15 Euro, 7 Stück um 20 Euro. Dazu die aktuellen Angebote: Krisis 28, 29 und 30 (jeweils 10 Euro), Manifest gegen d. Arbeit (3,50 Euro), Dead Men Working (18 Euro), Die Abenteuer der Ware (18 Euro), Losarbeiten – Arbeitslos (16 Euro). Wir verschicken allerdings nur gegen Vorkasse. Konten siehe unten. Die Versandkosten übernehmen wir.

Bestellungen bitte durch Einzahlung unter Angabe von Name, Adresse (wird manchmal leider vergessen!) und Zahlungszweck (F.Schandl, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Kto.nr. 405 952 854).

FRANZ SCHANDL



Das schlechteste Ergebnis seit der Wende

Die Linkspartei.PDS in Eberswalde hat das seit der Wende mit Abstand schlechteste Wahlergebnis erzielt. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die übergroße Mehrheit der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner andere gewählt hat oder der Wahl fernblieb. Die Hauptgründe dafür sind m.E. weder bei unserem Kandidaten noch der späten Nominierung und Bekanntheitsgrad zu suchen, wie das manchmal behauptet wird. Sie liegen schon gar nicht bei den Wählern, denen gern zu wenig Demokratieverständnis und Interessenlosigkeit unterstellt wird. Ich meine vielmehr, daß der drastische Einbruch der Linkspartei.PDS bei der Bürgermeisterwahl hauptsächlich in der zurückliegenden Kommunalpolitik durch den Stadtvorstand und in der Fraktion der Stadtverordnetenversammlung zu suchen ist, wofür die Wähler jetzt die Quittung erteilen.

Das Profil der Linkspartei/PDS in der Kommunalpolitik wurde bisher sowohl vom Inhalt her als auch in der Vermittlung in der Öffentlichkeit im Vergleich zu anderen Parteien völlig ungenügend sichtbar. Als Schlußfolgerung müssen unterschiedliche Standpunkte beispielsweise zu solchen Fragen wie soziale Gerechtigkeit in der Kommunalpolitik, reale und kritische Betrachtungen zu Arbeitsmarkt und Ausbildung, zu Filz und Gesetzesverletzungen im Rathaus oder auch zu Fehlinvestitionen im Technologie- und Gewerbestandort oder dem Kreishaus öffentlich gemacht werden. Solche Themen könnte man fortsetzen.

Die Notwendigkeit, solche Fragen kritisch und konstruktiv zu stellen zeigt sich an den Wahlergebnissen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde, daß auf Anhieb fast die doppelte Stimmenzahl wie die Linkspartei/PDS erhalten hat. Solche Probleme aufzugreifen, die unsere Einwohner in Eberswalde bewegen und öffentlich zu machen hat auch nichts mit Populismus zu tun, auch wenn man nicht immer Patentrezepte zur Veränderung parat hat.

Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit insbesondere in der örtlichen Presse durch den Ortsvorstand und die Stadtfraktion findet seit langem nicht mehr statt. Die örtliche Parteiorganisation wird deshalb kaum noch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Ich halte es deshalb dringend erforderlich, daß endlich Mitglieder des Stadtvorstandes oder auch der Stadtfraktion beispielsweise sich regelmäßig durch Leserbriefe, Presseerklärungen oder Interviews zu aktuellen Themen äußern und den Standpunkt der Linkspartei.PDS dazu darlegen. Das Argument, daß von den Medien nichts veröffentlicht wird, trifft i.d.R. nicht zu. Wenn nichts Interessantes verständlich geschrieben wird, kann auch nichts erscheinen.

Der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS sollte auch stärker als bisher Kontakt mit außerparlamentarischen Organisationen wie beispielsweise Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen suchen und ständig unterhalten. Hier er-

geben sich in vielen Fragen gemeinsame Interessen und Ziele, die gebündelt in Angriff genommen werden sollten. Außerparlamentarische Organisationen mitunter nur als lästige Kritiker und Vertreter bestimmter Interessengruppen zu betrachten, sollte der Vergangenheit angehören. Aktuell denke ich z. B. an die sich entwickelnde Bürgerinitiative gegen eine Müllverbrennungsanlage.

Ich vermisse in der Öffentlichkeit kritische Stellungnahmen der Stadtfraktion oder auch des Stadtvorstandes zu den bekannten Vorgängen im Rathaus. Die vornehme Zurückhaltung zu diesem Thema ist mir unverständlich. Das gilt nicht nur für die Vergangenheit in Bezug auf Ex-Bürgermeister Schulz. Das gilt auch für die Gegenwart beispielsweise zum Verhalten des selbsternannten Aufklärers Landmann, der für diese Geschehnisse zumindest die politische Verantwortung trägt. Ich frage mich, wie es z.B. möglich ist, daß mit seiner Unterschrift eine Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung festgelegt wird, wo die Spendenaffäre als Tagesordnungspunkt 40 und die Prozeßkostenerstattung für den Bürgermeister unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandelt wird? Wie ist es möglich, daß Herr Landmann an der StVV vorbei den höheren Wasserpreisen im ZWA im Namen der Stadt zustimmt und gleichzeitig einen Schuldenerlaß des ZWA für Fehlinvestitionen im Gewerbestandort befürwortet. Welche Rolle spielt bei allen diesen Vorkommnissen der Hauptausschuß und der dortige Vertreter der Linkspartei.PDS? Man könnte solche Fragen fortsetzen.

Was die Stichwahl angeht, so halte ich es für richtig, daß keiner der beiden Kandidaten empfohlen wurde. Für widerspruchsvoll halte ich jedoch die Aufforderung an die Wähler der Linkspartei.PDS unbedingt zur Wahl zu gehen, was gleich bedeutend damit ist, einen dieser beiden Kandidaten zu wählen. Das hat zur Verunsicherung und Irritationen geführt.

Obwohl Herrn Boginski von der FDP nur rund 20% der Wahlberechtigten gewählt haben und zwei Drittel der Eberswalder der Wahl ferngeblieben sind, verdient er als Bürgermeister eine faire Chance. Die Fraktion der Linkspartei/PDS in der StVV sollte ihn unvoreingenommen kritisch und konstruktiv begleiten. Ein erster Prüfstein wird die Einhaltung seines Wahlversprechens sein, ohne Ansehen der Person im Rathaus Ordnung zu schaffen.

In Vorbereitung der Kommunalwahlen und der Landtagswahl halte ich es für dringend erforderlich, auf der Grundlage klarer inhaltlicher Konzepte für die künftige Kommunalpolitik auch rechtzeitig personelle Schlußfolgerungen für eine Erneuerung zu ziehen. Dazu gehören auch die rechtzeitige Auswahl von Kandidaten und ihre zielstrebige Vorbereitung vor allem auch durch eine Einbindung in die Öffentlichkeitsarbeit der Linkspartei.PDS.

Dr. HELMUT KOCH

Gesundheitsreform

Zu einer Gesundheitspolitischen Diskussion lud die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE.) am 15. November 2006 Vertreter von Krankenkassen, Kassenärztlichen Vereinigungen, Apotheken, niedergelassenen Ärzten, Seniorenheimen, sowie Kommunalpolitiker den Bernauer Treff 23 ein, um sich mit ihnen über Auswirkungen der gegenwärtig heiß debattierten Reform zu verständigen. Ende Oktober brachte die große Koalition einen Gesetzentwurf unter dem Titel »Wettbewerbsstärkungsgesetz« ein. Daß sich dahinter eine Gesundheitsreform verbergen soll, ist nur schwer zu erkennen. Schnell wird aber eines deutlich, daß wieder einmal vor allem den Versicherten in die Tasche gegriffen werden soll. Sie werden mit steigenden Kassenbeiträgen und dem Gesundheitsfond erneut einseitig belastet. Von einem solidarischen Anspruch bleibt nur noch herzlich wenig übrig.

Erkennbar ist auch, daß das Hauptproblem des Gesundheitswesens – die Einnahmeseite – nicht langfristig gelöst wird. So lange sich der Gesundheitsbereich nahezu ausschließlich auf die Beiträge aus Löhnen und Gehältern stützt, immer weniger zahlen, die Anzahl der medizinisch zu Betreuenden aber z.B. durch das höhere Alter zunimmt und damit auch die Kosten steigen, bleibt die finanzielle Schieflage bestehen. Es sei notwendig, die unterschiedliche Situation in den Bundesländern insbesondere demografische und wirtschaftliche Entwicklungen stärker zu berücksichtigen und durch einen Faktor auszugleichen, fordert Ralf Herre, Pressesprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg. Ein stärker steuerfinanzierter Anteil sowie eine wirkliche Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen, könnte hier, so Enkelmann, ein Ausweg sein. Dieser allerdings wird durch die jetzige Koalition behindert.

In der Diskussionsrunde ging es aber auch um mögliche Folgen einer nun gesetzlich geregelten Insolvenz von Krankenkassen für die Versicherten, für Ärzte und medizinische Einrichtungen. Wohin können die Versicherten gehen, wer nimmt sie auf, besonders die Kranken und chronisch Kranken, gibt Sylvia Labs von der BARMER Bernau zu bedenken. Diese Fragen sind bis heute nicht zufriedenstellend beantwortet. Enkelmann informierte, daß gerade dazu erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken während der Anhörung im Bundestag angemeldet wurden.

Große Sorge bereitet den Betroffenen die Sicherung eines möglichst umfangreichen Leistungskatalogs für die Patienten. Wenn der Wettbewerb v.a. die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse betrifft, wird zwangsläufig der Patient auf der Strecke bleiben. Betreuungsbedürftige sollten selbst entscheiden können, welches Angebot für sie das richtige ist, fordert Sabine Schmalz, Geschäftsführerin der Soziale Dienste »Am Weinberg« GmbH. **BÄRBEL MIERAU**

In die 11. Runde

Vor 10 Jahren waren es Teilnehmer eines Jugendgruppenleiterlehrgangs im ehemaligen Pfarrhaus in Ruhlsorf, die einen christlichen Verein gründeten. In der Folge kämpfte der Verein in der Evangelischen Sportarbeit Berlin-Brandenburg in der Sparte Volleyball um Punkte, führte die internationale Netzwerkveranstaltung ProChrist in Eberswalde und deren Jugendableger JesusHouse im damaligen Jugendzentrum »Bahnhofshotel« in Finow durch und sorgte für Begegnungen mit der südafrikanischen Tanz- und Theatergruppe Team i Themba. Mitglieder des Gitarrenkreises gestalteten in diesen 10 Jahren in Gottesdiensten nicht nur im Barnim Gottesdienste und Mitmachkonzerte, während andere den Evangelischen Posaunenchor Lichterfelde regelmäßig verstärken. »Insgesamt eine positive Bilanz« faßte der in der letzten Kreisverbandssitzung im November wiedergewählte Vorsitzende und Musikbeauftragte Martin Oberkinkhaus die überwiegend ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder zusammen, zu denen auch Kinderferien in Baden-Württemberg, Sachsen und auf Usedom gehörten.

Im nächsten Jahr will der Barnimer Kreisverband eine Trinationale Jugendbegegnung mit ukrainischen und deutschen Jugendlichen und eine Sommerfahrt mit älteren Kindern ab 12 nach Polen durchführen sowie einen Jugendgruppenleiterlehrgang für Jugendliche ab 15 Jahren inklusive Praktikum. Darüber hinaus ist wieder eine Musikwerkstatt mit Jubiläumsgottesdienst im Februar geplant. Im Programm enthalten sind auch in Gruppen oder für Einzelinteressenten Gitarrenkurse für Anfänger und Notenkurse (10 Stunden). Voranmeldungen und Informationen sind beim Vorsitzenden schon jetzt unter 03334 280784 oder 0162 6940125 möglich. Für die Teilnahme an den Maßnahmen ist keine Kirchenmitgliedschaft nötig.

MARTIN OBERKINKHAUS,
CV-aktiv Eberswalde/Brandenburg e.V.

Offene Worte wie im Krimi

Verdutzte und überraschte Blicke waren am letzten Sonntag im November vielen Besuchern der Talkrunde »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« vom Gesicht abzulesen. Der »Treff 23« hatte sich in ein Polizeibüro verwandelt, mit »Vermehungstisch«, einer Tafel der »meistgesuchten Verbrecher«, einem Fernsehgerät und anderen Utensilien, die bei der Polizei, besonders der englischen, tägliches Handwerk sind.

Selbst die Gastgeberin wirkte ein wenig überrascht, begann aber Punkt 10 Uhr mit der Befragung von Wolfgang Schüler (54), der schon ein bewegtes Berufsleben als Rechtsanwalt, Bürgermeister, Werbetexter, Journalist und Schriftsteller hinter sich hat.

Bereits in jungen Jahren hatte Schüler die Krimis von Edgar Wallace mit großer Begeisterung gelesen. Den Wunsch, Schriftsteller zu werden, hatte er schon während der Schulzeit. Leider konnte ihm, so erzählte Schüler im »Treff 23«, nicht einmal die Berufsberatung sagen, wie man das wird. Er solle erst mal was Solides machen. Ein Journalistikstudium wäre sicher eine gute Grundlage, dachte der junge Schüler. Allerdings wurde er nach seinem Volontariat bei der Zeitung »Das Volk« auf Grund mangelnder Mathekenntnisse nicht übernommen. Nach einem weiteren Studium, diesmal Rechtswissenschaften, wurde Schüler als Justitiar im Kinderbuchverlag tätig.

1984 wagte er mit Kriminalgeschichten, Beiträgen zur Geschichte der Kriminalgeschichte (»Verbrechen im Netz«) als freiberuflicher Schriftsteller den Sprung ins kalte Wasser. Dem einen oder anderen sind seine vielen, auch schon zuvor erschienenen Gerichtsreportagen aus der Berliner Zeitung, der Neuen Berliner Illustrierten (NBI) sowie der DDR-Frauenzeitschrift FÜR DICH noch sehr geläufig.

Warum gerade in der DDR Berichte aus dem Gerichtssaal so viel gelesen wurden, fragte Dagmar Enkelmann hier nach. Wolfgang Schüler hob hier vor allem das Gerechtigkeits-

empfinden der Bürger, aber auch die lehrende Komponente des jeweiligen Falls hervor.

Fünf Bände mit Reportagen aus dem Gerichtssaal sind von Schüler bisher veröffentlicht worden (darunter »Kann denn Liebe strafbar sein?«). Seine Zulassung als Anwalt erhielt Schüler 1990, als seine freiberufliche Karriere praktisch vor dem Aus stand. Dank der Regierung de Maizière konnten DDR-Juristen Anwälte werden, auch wenn sie nach BRD-Rechtssprechung keine Volljuristen waren – allerdings galt diese Regelung nur ganz kurz.

Nach einem Kompaktstudium und diversen Weiterbildungsveranstaltungen eröffnete Wolfgang Schüler mit einem Kollegen aus dem Westen in Berlin-Hellersdorf seine Kanzlei. Der Kollege schaute aus dem Fenster und konnte sich vor Begeisterung nicht halten. Die Neubauten, so beschied der westdeutsche Kollege Schüler, würden ja wohl viele Ehescheidungen bedeuten.

1990 ging Wolfgang Schüler in die Kommunalpolitik, und konnte 2003 nach zehn Jahren als ehrenamtlicher Bürgermeister in Hönow viel Positives vorweisen, seien es die Straßenbeleuchtung, der Anschluß an die Kanalisation oder auch die Einrichtung einer Bibliothek.

1997 beginnt Schüler mit seiner größten schriftstellerischen Herausforderung: »Edgar Wallace – ein Leben wie im Film«, eine Biografie seines Lieblingsautoren – übrigens die erste deutschsprachige, erschien 1999. Eben dazu gab es eingangs einen kleinen Fernsehbeitrag im »Treff 23« zu sehen. Übrigens hatte es das Publikum schwer, sich bei den bei der Veranstaltung ausgestellten anonymen Bildern der »meistgesuchten Verbrecher« zu entscheiden, welcher der Herren nun Mörder, Bombenleger, Politiker oder auch Professor war. Wolfgang Schüler klärte schließlich alles auf und die Befragung konnte nach zwei sehr unterhaltsamen Stunden erfolgreich beendet werden.

BÄRBEL MIERAU

»...daß ihr mir niemanden abweist!«

Lobetal/Eberswalde (hal). »...dass ihr mir niemanden abweist!« lautet der Titel einer Ausstellung zur ebenso wechselvollen wie facettenreichen Geschichte der Hoffnungstaler Anstalten Lobetal. Sie wird vom 9. Dezember 2006 bis 10. Januar 2007 in der Kleinen Galerie Stadt Eberswalde im Sparkassenforum zu besichtigen sein. Eröffnung ist am 9. Dezember um 11 Uhr.

Der Verein Hoffnungstal e.V. als Träger der Hoffnungstaler Anstalten Lobetal wurde 1905 von Pastor Friedrich v. Bodelschwingh gegründet. Der Abgeordnete des Preußischen Landtages und Leiter der Bodelschwinghschen Anstalten Bethel in Bielefeld wollte das Elend der vielen arbeits- und obdachlosen Männer in Berlin lindern, indem er ihnen »Arbeit statt Almosen« anbot. Seine Mahnung »...dass ihr mir

niemanden abweist!« führte 1905 zur Gründung der Arbeiterkolonie Hoffnungstal, 1906 wurde Lobetal aufgebaut. Heute ist das aus kleinen Anfängen heraus gegründete Werk ein modernes diakonisches Unternehmen. Mit rund 2800 Plätzen gehört es zu den größten Anbietern sozialer Dienste für behinderte, alte und suchtkranke Menschen in Berlin-Brandenburg. Ein Bildungszentrum mit Beruflicher Schule und Fachschule, Altenpflegeschule und Fort- und Weiterbildung, Kindertagesstätten und die moderne Epilepsieklinik Tabor in Bernau zählen ebenso zu den Arbeitsfeldern.

Die Ausstellung bringt verschiedene Ereignisse und Momente ins Blickfeld: Unter welchen Bedingungen begann die von Friedrich von Bodelschwingh 1905 in Hoffnungstal be-

gonnene Arbeit? Was tat Paul Gerhard Braune für Menschen, die von der Euthanasie bedroht waren? Welchen Ausgang nahm die Besetzung Lobetals durch die staatlichen Organe der DDR im Mai 1953? Warum wurde Ende der 50er Jahre mit der Behandlung Epilepsiekranker begonnen? Wie kamen in den 70er Jahren ganze Wohnstätten-Neubauten auf Schwerlasttransportern aus Bethel/Bielefeld nach Lobetal? Warum nahm Pastor Uwe Holmer das Ehepaar Honecker in Lobetal auf? Welche Änderungen brachte die politische Wende?

Die Schau zur 100-jährigen Geschichte wird auf 30 großen Tafeln in Wort und Bild dokumentiert. Ergänzt wird die historische Zeitreise durch Arbeiten aus dem künstlerischen Schaffen von Menschen mit Behinderung.

Verrechnungsbündnis für Unternehmertätigkeit

Barnim-Uckermark regional e.V. mit besonderem Angebot für Unternehmen der Region

Unsere Zeit ist davon geprägt, daß allerorten gespart werden muß. Das Vorhandensein und Nichtvorhandensein von Geld bestimmt unser Handeln. So sind Projekte aus allen Bereichen des täglichen Lebens, die ihre Sinnhaftigkeit bewiesen haben, davon abhängig, ob genug Geld vorhanden ist. Um sich Gestaltungsspielraum zurückzugeben sind innovative Ideen gefragt. Die Studie »Region im Wandel« der Fachhochschule Eberswalde empfahl Kooperationen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und behördennahen Einrichtungen sowie die Bildung von Einkaufsgemeinschaften. Die Fachhochschule Würzburg kam in einer Studie aus dem Jahr 2005 zu dem Ergebnis, daß regionale Kooperation für KMU ein anzustrebendes Ziel ist.

Fazit: Unternehmen wollen regional zusammenarbeiten. Denn sie wissen, daß eine starke regionale Verflechtung jedem Einzelnen nutzt. Was fehlt ist ein wirksames Mittel, das die Kooperation zwischen den Unternehmen erleichtert. Ein regional gültiges Gutscheinsystem, kurz »Regionalwährung« genannt, das zusätzlich und anteilig zum Euro als Zahlungsmittel akzeptiert wird, erleichtert die Kooperation zwischen Unternehmen.

Die großen Konzerne haben es vorgemacht – HappyDigits, Payback und miles & more. Hier werden unternehmensspezifische Währungen geschaffen, die es dem Kunden ermöglichen, erhaltene Boni in Waren oder Einkaufsgutscheinen einzutauschen. Was die Großkonzerne vormachen, leistet ein regionales Gutscheinsystem für kleine und mittlere Unternehmen. Eine regional begrenzte Währung legt um die Region eine schützende Membran, die Austausch zuläßt, aber auch die Stärkung und den Aufbau eigener Strukturen ermöglicht – in

Handwerk, Produktion, Dienstleistung und Bildung. Der gemeinnützige Verein Barnim-Uckermark regional e.V. hat die Konzeption des regionalen Verrechnungsbündnisses UNS erarbeitet. Der Wirtschaftsring Barnim-Uckermark e.V. setzt dieses Konzept um. Der UNS, so heißt die regionale Währung, wird als Konten- und Gutscheinsystem geführt. Jedes teilnehmende Unternehmen erhält ein Konto. Diesem Konto wird ein Startkontingent gutgeschrieben, das von der Leistungsfähigkeit des Teilnehmers abhängt. Es kann sofort eingesetzt werden. Sobald ein Teilnehmer den UNS ausgibt, verspricht er, zumindest anteilig UNS-Gutscheine als Zahlungsmittel anzunehmen.

Profitieren werden alle Wirtschaftsteilnehmer, da Kaufkraft in der Region gebunden und erhöht wird. Außerdem werden die Kommunen mehr einnehmen, Vereine werden mehr Zuwendungen erhalten, die Konsumenten könne auf regionale Arbeitsplätze bauen und natürlich wird in der Region Barnim-Uckermark der dringend notwendige regionale Leistungsaustausch besser funktionieren. Teilnehmer können Unternehmen, Kommunen, Vereine, Freiberufler: alle, welche gewillt sind regionale Angebote in Anspruch zu nehmen und ihre eigenen Angebote regional einzubringen. Starten wird die Unternehmer-Kooperation mit 50 Teilnehmern im zweiten Quartal 2007.

Damit dieses hohe Ziel erreicht werden kann, ist Unterstützung und Tatkraft notwendig. Jeder Mensch, der sich mit der Region Barnim und Uckermark verbunden fühlt, ist herzlich eingeladen sich zu beteiligen. Wer bei UNS mitmachen möchte, meldet sich bitte bei Heike Becker, Tel. 03332 291495. Mehr Infos unter www.wirtschaftsring-barum.de.

MATTHIAS KARKUSCHKE

Streusalz verursacht Rückrufaktion

Heilbronn (bbp). »Bei einigen Fahrzeugen Fiat Stilo kann es«, so die alarmierende Meldung der Heilbronner Filiale der FIAT Automobil AG, »durch einen Federbruch zur Beschädigung des Reifens kommen!« Die Fahrzeugbesitzer werden aufgefordert, ihr Fahrzeug schnellstmöglich zu einer Fiat-Servicewerkstatt zu bringen. Um den Federbruch und damit die Zerstörung der Reifen zu verhindern, müsse ein zusätzlicher Stützteller an den Vorderradfedern eingebaut werden. Als Begründung wird angegeben, daß das Material der Federn »unter Streusalzeinwirkung ... geschwächt werden und im Extremfall brechen« könnte.

In der BRD wird Streusalz von den Straßenwintendienstern bei Neuschnee oder Eisglätte als Auftaumittel verwendet. Während in der Stadt Eberswalde nach Aussagen der zuständigen Fachbehörden der Streusalzeinsatz auf den Straßen sparsam vor allem bei extremer Witterungssituation erfolgt und auf Gehwegen und

Plätzen gemäß Straßenreinigungssatzung gänzlich verboten ist, sind von dem für die Landes- und Bundesstraßen im Kreis Barnim verantwortlichen Landesstraßenamt keine entsprechenden Einsichten bekannt. Hier wird massiver Streusalzeinsatz seit Jahr und Tag als das einzige Mittel gegen Eis und Schnee auf den Straßen angesehen. Zum Winterausgang wird regelmäßig stolz darüber berichtet, wie viele Tonnen Salz auf die Straßen geschüttet wurde. Ausgehend von dieser Philosophie ist der vorhandene Fahrzeugpark des Landesstraßenamtes so ausgerüstet, daß gar nichts anderes als Salz gestreut werden kann.

Neben der zerstörenden Wirkung auf die Kraftfahrzeuge, können die Salzaerosole beim Menschen gesundheitliche Schäden hervorrufen. Bekannt sind die schädlichen Wirkungen des Streusalzes insbesondere bei den Alleebäumen, deren Vitalität durch die Salze stark beeinträchtigt wird.

Vom Rockbahnhof ins Exil

Eberswalde (bbp). Der Jugendkulturverein Exil e.V. und die Albert Einstein Oberschule haben am 17. November am 2. Jugendgeschichtestag »heute ist morgen gestern« in Potsdam teilgenommen. Die Schule und der Jugendverein verbinden ein Kooperationsvertrag und mehrere gemeinsame Projekte. Eines davon ist ein durch die Stiftung Demokratische Jugend und den Landesjugendring im Programm Zeiteinsparungen gefördertes lokales Forschungsprojekt »Vom Rockbahnhof ins Exil«. Der Titel verrät worum es ging. »Wir erforschten den Weg der Jugendeinrichtung in der Finower Bahnhofstraße vom FDJ-Club zum Punkrockschuppen«, heißt es dazu auf der Internetseite www.exil-eberswalde.de. »Heute rockt das Exil die Stadt.«

Der Brandenburgische Jugendminister Holger Rupprecht sagte zur Eröffnung des Jugendgeschichtestages: »Wir als Landesregierung wollen den Heimatbegriff positiv besetzen und wir wollen, daß die Jugendlichen in ihrer Heimat bleiben und ihre Heimat ist das Land Brandenburg.« Daher schätze es die Regierung sehr, daß sich die Jugendlichen in den Zeiteinsparungen-Projekten mit Regionalgeschichte beschäftigen.

Die Buckelbrücke

*Einst hatten wir 'ne Brücke
Nach dem Bahnhof und der Eisenbahn benannt
Sie war gebaut in einem Stücke
Und bei Jung und Alt bekannt*

*Sie hatte einen Doppelbogen
Der überall zu sehen war
Von den Blicken angezogen
Aus der großen Menschenschar*

*Doch nach fast hundert Jahren
Ihre Zeiten abgelaufen waren
Und so mußte eine neue her
Wie man bemerkte mehr und mehr*

*Die Neue ähnelt einem Brette
Denn die Bögen fielen weg
Nur ein Buckel in der Mitte
Hoch nach oben sich erstreckt*

*Drum wird sie »Buckelbrücke« auch genannt
Was beim ersten drüber gehen
Als er die Brücke konnte sehen
Ein schlauer Eberswalder fand*

*Die alte Brücke lebet fort
Mit einem Ehrenplatz in unsrem Ort
Auf Karten und in Bildern
Wird man ihr Andenken beschildern*

KURT GEMPIN

»UNSERE KRIEGE SIND NICHT SCHAUPLÄTZE UNSERER MUTS UND UNSERER STÄRKE, SONDERN SCHAUPLÄTZE UNSERER SCHANDE.«
JAKOB MICHAEL REINHOLD LENZ

Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel

Am Sonntag, den 17. Dezember (3. Advent), 14 - 18 Uhr, Oberschule »Albert Einstein«

Veranstalter: Bürgerinnen, Bürger und Träger aus dem Stadtteil

Bühnenprogramm (in der Aula): Westend Gospelsingers; Chor Grundschule »Schwäzese«; Tanzhaus Eberswalde, Kindertanzgruppe »Dietrich-Bonhoeffer-Haus«

Stände in der Aula: Tombola, Keramik,

Angebote in der Schule: 6 Räume mit 12 Bastelangeboten; russische Spezialitäten, Modellbahnausstellung, Foto mit Weihnachtsmann, Weihnachtscomputern, Märchenerzählerin, Kaffee und Kuchen im Marktkaffee, Schachraum, Riesenstollen, Schürzkuchen backen,

Auf dem Hof: Kinderkarussell, Reiten, Kutschfahrten, Bratwurst, Gullaschkanone, Waffeln, Schmalzstullen, Glühwein, Zuckerwatte, Bläsermusik, Maria und Josef, Schafe, Holzfiguren schnitzen, Gaukler, Knüppelkuchen, Süßigkeitenverteilen,

18 Uhr Lampionumzug

Der Weihnachtsmarkt im Stadtteil ist zu einer Tradition geworden. Nachdem die ehemalige EDEKA-Kaufhalle schließen mußte, haben wir einen neuen Ort gefunden. Die Oberschule »Albert-Einstein«. Der Markt beginnt wieder mit dem Schmücken des Weihnachtsbaumes. Er endet mit einem Lampionumzug durch den Stadtteil. Wir laden herzlich ein zum bummeln, basteln, hören und essen. Beteiligte Gruppen: Frau Behme aus dem Stadtteil, Gospelsingers, Tanzhaus Eberswalde, Grundschule Schwäzese, Oberschule »Albert-Einstein«, Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Kg. Finow), Posaunenchor Finow, Selbsthilfegruppe »Kontakt«, Familie Mätzkow, Kita »Arche Noah«, Jugendgemeinschaftswerk, Kontaktbüro »Soziale Stadt«, INN e.V., Kita »Gestiefelter Kater«, Familienzentrum, Buckow e.V., Kita »Pustelblume«, Hertha BSC Fanclub e.V., Bierstube, Bücherstube Landgraf, Herr Perlberg, Herr Franz, Märkische Schule, Club am Wald, Familie Hanisch, Selbsthilfegruppe »Phönix«, Pinnow e.V. Der Markt wird gefördert durch das Programm »Soziale Stadt«.

HARTWIN SCHULZ

Barnimer Kulturpreis 2006

Der von der Kreistags-Fraktion und dem Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen ausgeschriebene Barnimer Kulturpreis 2006 ist mit 750 EUR dotiert, die aus Spenden von Kreistagsabgeordneten und einem Zuschuß vom Kreisverband Barnim finanziert werden. Auch in diesem Jahr sollen Kulturschaffende, kulturelle Vereine und Initiativen ausgezeichnet werden, die über einen längeren Zeitraum aktiv zur Gestaltung und Verbesserung der kulturellen Angebote im Landkreis Barnim beitragen. Die Bewertung erfolgt durch eine Jury bestehend aus Mitgliedern der Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler und Vertretern aus dem Kulturbereich. Die Preisübergabe erfolgt voraussichtlich noch im Dezember 2006.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Sprecher des Kreisverbandes

In eigener Sache

Aufgrund des diesmal wieder sehr großen Angebots an Beiträgen waren wir leider zur Auswahl gezwungen. Ein Teil der Artikel, die keinen Platz in der Druckausgabe fanden, werden im BBP-Forum, dem eMail-Informations- und Diskussionsforum für Abonnentinnen und Abonnenten der »Barnimer Bürgerpost« veröffentlicht. Der Zugang zum BBP-Forum erfolgt mit einer Mail an bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de.

Und dann war da noch was: Weihnachten und der Jahreswechsel stehen vor der Tür. Herausgeberverein und Redaktion wünschen daher allen Leserinnen und Lesern der »Barnimer Bürgerpost« ein friedliches und besinnliches Fest und alles Gute für das Neue Jahr.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Rathaus »Rauchfreie Zone«

Eberswalde (prest-ew). Bei ersten Gesprächen mit dem Personalrat der Stadtverwaltung holte sich der neue Bürgermeister Friedhelm Boginski u.a. das Einverständnis, das Rathaus zu einer »Rauchfreien Zone« zu erklären. Die Zustimmung durch den Personalrat ist erfolgt. Ab nächster Woche gilt das Rauchverbot für alle Bereiche der Stadtverwaltung.

6. WeihnachtsKUNSTmarkt

in der beheizten Zainhammermühle

Am Sonntag, der 2. Advent

dem 10. Dezember 2006, von 10 bis 18 Uhr

Bei weihnachtlicher Atmosphäre freuen wir uns auf Ihren Besuch

Eberswalder Kunstverein »Die Mühle e.V.«

Zainhammermühle, 16225 Eberswalde

Am Zainhammer 3, www.diemuehle.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann, Shams, Triller (4)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktions-schluß: 2. Dezember 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6.1.2007, 12 Uhr.